

Frank Omland

„Unser aller ‚Ja‘ dem Führer!“ Zur Geschichte der ersten nationalsozialistischen Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933 in Schleswig-Holstein

Während der Zeit des Nationalsozialismus hat es insgesamt fünf Abstimmungen gegeben: im November 1933 sowohl eine Reichstagswahl als auch eine Volksabstimmung, im August 1934 eine Volksabstimmung, im März 1936 eine Reichstagswahl und im April 1938 eine kombinierte Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag. Der Geschichte dieser Abstimmungen ist bisher von der Forschung keine große Aufmerksamkeit gewidmet worden.¹ Weder in der *Geschichte Schleswig-Holsteins* noch im *Schleswig-Holstein-Lexikon* spielen diese Abstimmungen eine Rolle, auch wenn im letzteren die hohe Wahlbeteiligung im Nationalsozialismus Erwähnung findet, wohingegen die Wahlergebnisse nicht abgedruckt wurden.²

Meines Wissens nach hat sich auf lokaler Ebene bisher niemand intensiver mit dem Thema beschäftigt. In der Regel finden sich kurze Hinweise auf die Gesamtergebnisse vor Ort, wobei die letzten beiden Urnengänge (1936 und 1938) wegen der 99-prozentigen Zustimmung selten bzw. nur sehr kurz in die Überlegungen einbezogen werden.³ Lediglich in Ausnahmefällen gehen Lokalstudien genauer und detaillier-

ter auf die Wahlergebnisse ein und werten dabei die Stimmbezirke, d. h. die einzelnen Wahllokale aus.⁴

Meine eigenen Forschungen zu Kiel haben aber ergeben, dass sowohl der Ablauf als auch die Ergebnisse dieser „Wahlkämpfe“ in der Diktatur eine Reihe von Fragen aufwerfen, deren Beantwortung Aufschlüsse zur Entstehung und Konstituierung der NS-Volksgemeinschaft geben können und dass dem in den Gegenstimmen zeigenden Widerspruchspotenzial der Bevölkerung mehr Beachtung geschenkt werden sollte.⁵

Im Folgenden wird deshalb eine erste statistische Auswertung der amtlichen Endergebnisse zum Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein) versucht und durch Beschreibung des Wahlkampfes und der Wahlpropaganda die erste Abstimmung in der Zeit der Diktatur rekonstruiert. Daraus ergeben sich Hypothesen, wer aus welchen Gründen im November 1933 für bzw. gegen die NSDAP und Hitler gestimmt hat. Um eine solche Analyse besser einordnen zu können, werden zuerst die letzte pluralistische Reichstagswahl vom 5. März 1933 sowie die Wahlrechtsveränderungen im Nationalsozialismus dargestellt. Im An-

schluss erfolgen eine Rekonstruktion des Wahlkampfes vom November 1933, eine Darstellung der Ergebnisse in Schleswig-Holstein und eine erste sta-

tistische Analyse. Den Abschluss bilden Feststellungen und Thesen, die es in der weiteren Forschungsarbeit zu verifizieren bzw. zu verwerfen gilt.

Die Reichstagswahl am 5. März 1933

Schleswig-Holstein war eine frühe Hochburg der NSDAP, denn hier stimmten schon im Mai 1928 knapp 4 % der Wählerinnen und Wähler für die damals noch unbedeutende völkisch-nationalistische Splitterpartei. Danach blieb der Wahlkreis 13 (Schleswig-Holstein) – der neben dem Regierungsbezirk auch den oldenburgischen Landesteil Lübeck, aber nicht die Stadt und das Landgebiet Lübeck umfasste – eine sichere Bastion der NSDAP, und hier erzielte sie bis November 1932 reichsweit stets ihr bestes Ergebnis.⁶

Die letzten pluralistischen – wenn auch nicht mehr freien – Reichstagswahlen wurden am 1. Februar 1933 eingeleitet. Reichspräsident von Hindenburg löste den Reichstag auf und legte den 5. März als Wahltermin fest. Die Reichsregierung veränderte am 2. Februar einen Passus des Reichswahlgesetzes, damit Deutsche mit Wohnsitz im Ausland nun im Inland wählen gehen durften, wofür sie bisher ihren Wohnsitz hätten dorthin verlegen müssen.⁷ Die Reichsregierung erhoffte sich davon Stimmen aus dem Lager der eher konservativ gesinnten Auslandsdeutschen und rechnete mit einem regen Reiseverkehr zu den deutschen Grenzbahnhöfen.⁸

Ähnliches – wenn auch nicht in derselben Größenordnung – sollte eine weitere Veränderung bringen: Deutsche Seeleute ohne festen Wohnsitz durften

nun per Stimmschein in extra für sie eingerichteten Wahllokalen – in Kiel z. B. auf der Holtenauer Schleuse – wählen gehen und bekamen dafür vom 23. Februar bis zum 10. März 1933 Gelegenheit.⁹ Tatsächlich führten beide Wahlrechtsänderungen aber nur zu ca. 60.000–70.000 abgegebenen neuen Stimmen auf Reichsebene, was einem Reichstagsmandat entsprach.¹⁰ Für Schleswig-Holstein lässt sich über die Größenordnung einer evtl. erhöhten Wahlbeteiligung nur spekulieren, doch zeigt die sehr hohe Zahl der auf der Holtenauer Schleuse abgegebenen Stimmen, dass sich zumindest in diesem Einzelfall hinsichtlich der nachfolgenden Wahlen eine Verdoppelung der abgegebenen Stimmen beobachten lässt.¹¹

Der erwünschten Erhöhung der Wahlberechtigten zuwiderlaufend gab es seitens der NSDAP Versuche, zwei Gruppen von den Wahlen auszuschließen: die politischen „Schutzhäftlinge“ und die jüdische Bevölkerung. In beiden Fällen konnte die Partei sich aber lange Zeit nicht gegen den Reichsinnenminister Frick (NSDAP) durchsetzen. Dieser hielt am Wahlrecht beider Gruppen fest, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und Deutschland vor dem Ausland formal in ein positives Licht zu rücken. Die jüdische Wahlbevölkerung sollte noch 1933 und 1934 wählen dürfen und wurde erst im März 1936 ihres Wahlrechtes beraubt.¹²

Bezeichnenderweise hob aber die Wahl eines Kandidaten in den Reichstag nicht – im Sinne einer politischen Immunität – eine evtl. bestehende „Schutzhaft“ auf, was zu kurios-zynischen Anschreiben nach der Märzwahl 1933 führte. Der Wahlleiter für den Wahlkreis Schleswig-Holstein ließ über die Polizeibehörden inhaftierte gewählte Abgeordnete fragen, ob sie die Wahl annehmen würden.¹³

Die Wahlen selbst standen ganz im Zeichen der neuen Regierung: Die KPD war nach dem Reichstagsbrand kriminalisiert worden, Funktionäre der Arbeiterbewegung kamen in „Schutzhaft“, und die „freie“ Wahl wurde behindert. Freie Meinungsäußerung und freie Wahlwerbung gab es nur noch für die Anhängerschaft der Regierungsparteien. KPD und SPD hingegen waren massiv in ihren Rechten eingeschränkt worden. So wurden verschiedene sozialdemokratische Zeitungen – u. a. in Flensburg, Lübeck und Kiel – im Januar und Februar mehrmals für Tage und Wochen verboten und erschienen vor der Wahl nicht mehr; die kommunistischen Blätter konnten nur noch illegal erscheinen.¹⁴ Einschüchterung und Terror bis hin zum politischen Mord bestimmten die Atmosphäre der Reichstagswahl vom 5. März 1933 in ganz Deutschland.

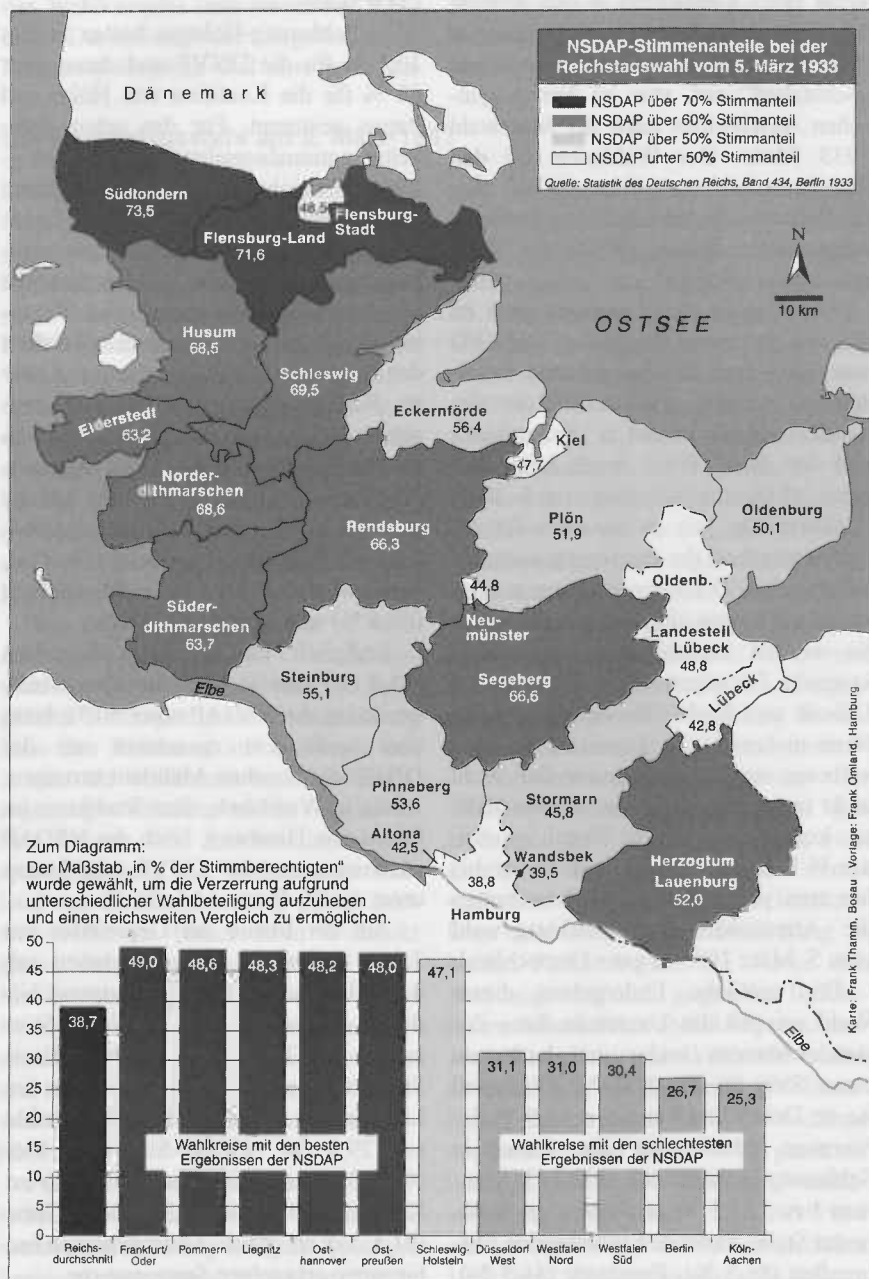
Das amtliche Endergebnis dieser Wahl spiegelt die Umstände ihres Zustandekommens wider und bedeutete einen Sieg für die NSDAP. Während sie im Deutschen Reich nur 43,9 % der Stimmen erhielt, lag die Partei in Schleswig-Holstein mit 533.743 Stimmen bzw. 53,2 % reichsweit an fünftester Stelle, hinter den Wahlkreisen Ostpreußen (56,5 %), Pommern (56,3 %),

Osthannover (54,3 %) und Liegnitz (54,0 %).¹⁵

In Schleswig-Holstein hatten zudem 10,1 % für die DNVP und damit über 63 % für die Koalition von Hitler und Papen gestimmt. Für das schon frühzeitig nationalsozialistische Schleswig-Holstein brachte die Wahl damit keine Überraschungen: In 20 der 21 Landkreise und Städte des Regierungsbezirks sowie dem oldenburgischen Landesteil Lübeck erhielt die Regierungskoalition die absolute Mehrheit der Stimmen. Die Zustimmung zur neuen Regierung schwankte dabei zwischen 49,7 % in Wandsbek und 82,2 % in Süd-Tondern. Ihre besten Alleinergebnisse – also ohne die DNVP – erzielte die NSDAP in den Landkreisen Süd-Tondern (73,5 %), Flensburg (71,6 %), Schleswig (69,4 %), Norderdithmarschen (68,6 %) und Husum (68,5 %).

Lediglich im Landkreis Stormarn (45,8 %) und in vier der fünf Stadtkreise lag die NSDAP unter 50 %, hatte aber auch dort zusammen mit der DNVP die absolute Mehrheit errungen. Allein in Wandsbek, dem Stadtkreis im Osten von Hamburg, blieb die NSDAP zusammen mit der DNVP sehr knapp unter der 50-Prozent-Marke.¹⁶

Auf der Ebene der Gemeinden mit 2.000 und mehr EinwohnerInnen sah das Bild ähnlich aus: Die Extreme bildeten einerseits Billstedt (Kreis Stormarn) mit 27,5 %, Lägerdorf (Kreis Steinburg) mit 28,8 % sowie das im Landesteil Lübeck gelegene Rensefeld mit 29,0 % NSDAP-Stimmen; Viöl (93,1 %) und Schwesing (90,6 %) im Kreis Husum sowie Südermeldorf-Geest (91,5 %) im Kreis Süderdithmarschen hingenen erbrachten Spitzenwerte.



Während die NSDAP in den fünf Stadtkreisen Schleswig-Holsteins – also in Flensburg, Kiel, Neumünster, Altona und Wandsbek – nur durchschnittlich 44,6 % der Stimmen erhielt, nahm diese Zustimmung immer mehr zu, je kleiner die Gemeinden waren, und betrug für die Landbevölkerung in Gemeinden unter 2.000 EinwohnerInnen durchschnittlich

67,3 %. Die Ausdifferenzierung in der regionalen Verteilung zeigt, dass die Partei am stärksten profitierte, je ländlicher die Gemeinden waren. Während sie in Städten mit bis zu 20.000 EinwohnerInnen nur zusammen mit der DNVP eine Mehrheit errang, war sie in den kleineren Städten und auf den Dörfern die stärkste politische Kraft geworden.¹⁷

Tabelle 1

Reichstagswahl 5. März 1933	NSDAP	DNVP	SPD	KPD
5 Stadtkreise (über 20.000 Einw.)	44,6 %	9,1 %	27,0 %	14,0 %
9 Städte (10.001-20.000 Einw.)	45,7 %	10,1 %	24,5 %	14,2 %
19 Kleinstädte (5.001-10.000 Einw.)	50,0 %	9,3 %	25,4 %	11,7 %
55 Kleinstädte (2.000-5.000 Einw.)	56,2 %	11,1 %	20,1 %	9,2 %
Landbevölkerung (Gemeinden unter 2.000 Einw.)	67,3 %	11,3 %	14,0 %	5,4 %

Für Schleswig-Holstein zeigt die Märzwahl 1933, dass die NSDAP faktisch fast überall die Wahlberechtigten auf ihre Seite gebracht hatte und auch die Lage in den Gemeinden dominierte. Lediglich in den größeren Städten bzw.

wenigen Kleinstädten konnten sich die Arbeiterparteien auf ein positives Milieu für ihre Sache berufen, und nur vereinzelt gab es noch Gemeinden mit einer rechnerischen Mehrheit der linken Parteien.¹⁸

Tabelle 2

Gemeinde/Kreis	Wohnbev.	Wahlber.	Wahlbeteil.	NSDAP	DNVP	SPD	KPD
Borby / Krs. Eckernförde	2.020	1.586	91,7 %	34,6 %	9,2 %	39,6 %	14,0 %
Düneberg / Krs. Hsgt. Lauenburg	2.144	1.360	94,6 %	28,6 %	2,5 %	28,6 %	31,5 %
Langelohe / Krs. Pinneberg	2.436	1.710	93,0 %	34,8 %	7,2 %	37,6 %	17,6 %
Elmschenhagen / Krs. Plön	3.785	3.269	94,3 %	37,6 %	5,8 %	40,1 %	15,2 %
Tungendorf / Krs. Plön	3.436	2.750	92,1 %	35,3 %	3,1 %	41,8 %	14,6 %
Budelsdorf / Krs. Rendsburg	5.361	3.653	93,6 %	37,6 %	4,0 %	39,4 %	16,4 %
Lägerdorf / Krs. Steinburg	3.061	2.057	91,9 %	28,8 %	3,7 %	23,2 %	41,4 %
Billstedt / Krs. Stormarn	11.617	8.499	90,2 %	27,5 %	5,5 %	33,3 %	26,4 %
Bramfeld / Krs. Stormarn	5.929	5.310	89,3 %	35,6 %	5,9 %	26,1 %	28,4 %
Lohbrügge / Krs. Stormarn	7.830	5.776	93,3 %	32,3 %	3,6 %	45,0 %	15,2 %
Rensefeld / Oldenburg.	3.440	2.289	92,0 %	29,0 %	4,2 %	43,9 %	21,2 %
Landesteil Lübeck							
Stockelsdorf / Oldenburg.	4.080	2.788	92,6 %	42,8 %	3,5 %	39,6 %	12,0 %
Landesteil Lübeck							

Bis auf Gemeinden im Hamburger Randgebiet, die von starker Arbeitslosigkeit betroffen waren (Billstedt, Bramfeld, Lohbrügge), konnten die linken Parteien

also nur noch in Kleinstädten mit 2.000-4.000 EinwohnerInnen eine Mehrheit behaupten. Auf der Gegenseite dominierte die NSDAP den ländlichen Raum, was

sich auch darin widerspiegelt, dass ihre absoluten Hochburgen mit über 70 % Stimmenanteilen in den Kreisen Husum, Norder- und Süderdithmarschen lagen.¹⁹

Tabelle 3

Gemeinde / Kreis	Wohnbev.	Wahlber.	Wahlbeteil.	NSDAP	DNVP	SPD	KPD
Brekum / Krs. Husum	2 608	1 718	85,6 %	72,6 %	10,9 %	9,5 %	3,3 %
Schwesing / Krs. Husum	2 321	1 511	94,6 %	90,6 %	5,5 %	2,0 %	0,2 %
Viöl / Krs. Husum	2 547	1 698	94,9 %	93,1 %	5,2 %	0,8 %	0,0 %
Hennstedt, Kirchspiel / Krs. Norderdithmarschen	4 130	2 567	92,4 %	91,1 %	6,3 %	1,5 %	0,5 %
Tellingstedt, Kirchspiel / Krs. Norderdithmarschen	6 426	4 316	93,0 %	84,9 %	8,2 %	5,8 %	0,9 %
Wesselburen, Kirchspiel / Krs. Norderdithmarschen	3 671	2 241	88,5 %	78,8 %	6,9 %	6,5 %	6,8 %
Hohenwestedt/Krs. Rendsburg	2 433	1 732	91,9 %	72,2 %	5,8 %	18,4 %	1,7 %
Albersdorf, Kirchspiel / Krs. Süderdithmarschen	5 639	3 729	91,6 %	87,8 %	8,2 %	1,6 %	1,0 %
Süderhastedt, Kirchspiel / Krs. Süderdithmarschen	3 944	2 755	88,0 %	77,7 %	5,6 %	10,1 %	4,8 %
Südermeldorf-Geest / Krs. Süderdithmarschen	3 950	2 458	91,7 %	91,5 %	3,6 %	2,4 %	1,9 %

Die Ergebnisse überraschen nicht, da in den meisten dieser Gemeinden die NSDAP schon frühzeitig Ortsgruppen aufgebaut hatte und die Partei in Dithmarschen – insbesondere in Albersdorf, Viöl und Ostenfelde – organisatorisch stark vertreten gewesen war.²⁰

Viöl, Schwesing, Hennstedt und Südermeldorf-Geest führten reichsweit die Liste der zehn Gemeinden mit den höchsten NSDAP-Stimmanteilen an, und

Albersdorf und Tellingstedt gehörten ebenfalls noch zu diesen Gemeinden, womit sechs von zehn Gemeinden dieser Spitzengruppe aus dem Wahlkreis 13 stammten und Schleswig-Holstein zurecht als *die* Hochburg der NSDAP zu bezeichnen ist.²¹ Während über die regionale Verteilung der NSDAP also Aussagen zu treffen sind, fällt dies bei der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft in Schleswig-Holstein schwerer.

Die Volkszählung vom 16. Juni 1933

Über die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft der NSDAP im März 1933 gibt es bisher keine eigenständige Untersuchung. Lediglich für die Reichstagswahlen bis November 1932 in Kiel und den ländlichen Raum bis Juli 1932 liegen Arbeiten vor, die auf der Ebene der Aggregatdaten Auswertungen vornehmen.²² Gerade auf die Studie von

Rudolf Heberle über die Landbevölkerung wird immer wieder zurückgegriffen, da er darin sehr differenzierte Aussagen über die Landbevölkerung und deren Hinwendung zum Nationalsozialismus gemacht hat. Heberle konnte aber noch auf Datenmaterial des statistischen Reichsamts zurückgreifen, das in dieser Form heute nicht mehr zur

Verfügung steht. Zudem können gewisse Auswahlkriterien seiner Untersuchung – insbesondere die damalige Auswahl von Geest- und Marschdörfern – aktuell nicht mehr überprüft werden, und so ist es leider unmöglich, an diese Untersuchung anzuknüpfen.²³

Um statistische Aussagen für die Reichstagswahlen vom März 1933 erhalten zu können, wird von folgender Annahme ausgegangen: Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein hat sich zwischen März und Juni 1933 nicht wesentlich verändert, sodass Daten der Volkszählung vom 16. Juni 1933 zum statistischen Vergleich herangezogen werden können. Doch soll zuerst einmal anhand der Volkszählung vom Juni 1933 die demographische Struktur von Schleswig-Holstein beschrieben werden.²⁴

In Schleswig-Holstein lebten im Juni 1933 ca. 1,6 Millionen Menschen (darunter 50,4 % Frauen), und 620.000 Menschen (davon 1/3 Frauen) gingen einer hauptberuflichen Tätigkeit nach. Die offizielle Arbeitslosigkeit betrug im Durchschnitt 18,3 %, wobei die Städte deutlich höhere Zahlen aufwiesen als der ländliche Raum. Letzteres lag wahrscheinlich auch an einer hohen versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Der Großteil der Erwerbslosen waren Arbeiter (81,9 %), gefolgt von den Angestellten (13,8 %) und den Hausangestellten (4,3 %), wobei knapp 1/6 aller Erwerbslosen Frauen waren.

Schleswig-Holsteins Wirtschafts- und Berufsstruktur war geprägt durch bäuerliche Erwerbstätigkeiten einerseits und industrielle Produktion in den größeren Städten und dem Hamburger Rand-

gebiet andererseits. Dies spiegelt sich auch bei den Wirtschaftsgruppen wider: 30,4 % waren in der Land- und Forstwirtschaft, 32,2 % in Industrie und Handwerk, 10,1 % in den öffentlichen und privaten Diensten sowie 22,5 % in Handel und Verkehr und 5,0 % in den häuslichen Diensten erwerbstätig. Nach Berufen gegliedert gab es 22 % Selbstständige, 18 % mithelfende Familienangehörige, nur 6,9 % Beamte, 12,1 % Angestellte, 36,1 % Arbeiter und 5 % Hausangestellte, womit der Wahlkreis bei den mithelfenden Familienangehörigen deutlich über dem Reichsdurchschnitt von 9,6 % und bei allen anderen Berufsgruppen unter dem Durchschnitt bzw. nur knapp darüber lag.

Je näher die Landkreise zu den (groß-)städtischen Räumen lagen, desto geringer wurde der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung: In Pinneberg, Stormarn und Steinburg fiel diese Quote auf den niedrigsten Stand von unter 20 % ab, an der Westküste lag sie bei knapp 40–45 %, in Richtung auf die Geest sank sie weiter ab und erreichte im Kreis Herzogtum Lauenburg mit 33,9 % den niedrigsten Stand der Landkreise im östlichen Hügelland. Einzig Oldenburg i. H. hatte mit 45 % noch einen sehr hohen Anteil an Land- und Forstwirtschaft in der Erwerbsbevölkerung.

Schleswig-Holstein war damit einerseits stark agrarisch ausgerichtet und hatte eine große Anzahl von kleineren und mittleren Höfen, war andererseits durch die städtisch-industriellen Regionen – insbesondere um die großen Städte und in den hamburgnahen Kreisen – geprägt.

Statistisches Verfahren

Das einfachste Verfahren zur Gewinnung von statistischen Zusammenhängen zweier unabhängiger Variablen ist die Berechnung von Korrelationskoeffizienten (hier durchgeführt nach Bravais-Pearson). Sie geben Auskunft darüber, wie hoch der positive bzw. negative Zusammenhang zwischen zwei unabhängigen Variablen – etwa Berufsgruppe Selbstständige und NSDAP-Ergebnis – ist. Die Berechnung ergibt eine Zahl von +1 bis -1, wobei erstere auf einen positiven, letztere einen negativen Zusammenhang hinweist.

Es ergibt sich bei solchen bivariaten Berechnungen das statistische Problem, dass der Einfluss bestimmter Faktoren auf das Wahlergebnis jeweils einzeln statt im Zusammenspiel verschiedener Faktoren (bspw. Erwerbslosigkeit und Gemeindegröße und soziale Schichtung) gemessen wird. Daraus können sich Scheinkorrelationen ergeben, die ich durch eine Vielzahl von Berechnungen aufgrund unterschiedlicher Datenbasis zu vermeiden gesucht habe. So wurden bspw. bei der statistischen Auswertung auf Gemeindeebene die Gemeinden zu bestimmten Größenklassen zusammengezogen, um eine wirkliche Vergleichbarkeit zu erhalten (also nicht Gemeinden mit minimal 2.000 EinwohnerInnen zu solchen mit maximal 220.000 EinwohnerInnen in Relation zu setzen), bzw. bei Berechnung der Korrelationskoeffizienten immer auch diejenigen der anderen Parteien in diesen Gemeinden mitberechnet. Bei der Auswertung auf Stimmbezirksebene – also den einzelnen Wahllokalen – ist es m. E. legitim, das einfache statistische Verfahren anzuwenden, weil hier keine weiteren Daten auf dieser Ebene vorliegen und außer den Wahlergebnissen der Parteien keine Informationen über soziale Zusammensetzung, Konfession, Arbeitslosigkeit u. ä. vorhanden sind.

Es gilt allerdings zu beachten, dass bei der Berechnung der Zusammenhänge auf Ebene dieser Aggregatdaten keine direkten Rückschlüsse auf die Individual-ebene möglich sind. So lassen bspw. hohe positive Korrelationen zwischen bestimmten Berufsgruppen und bestimmten Wahlergebnissen von Parteien keine direkten Rückschlüsse auf das Wahlverhalten der Angehörigen der Berufsgruppe zu. Es lässt sich lediglich sagen, dass die Berufsgruppe in den Stimmbezirken die Wahl der Partei beförderte. Ob wirklich die jeweiligen Wahlberechtigten die Partei gewählt haben, lässt sich nur vermuten und müsste anhand weiterer Quellen untermauert werden. Aussagekräftiger ist hingegen, eine Auswahl nach bestimmten Kriterien vorzunehmen, um Zusammenhänge hervorzuheben (je mehr/weniger Angehörige der ausgewählten Berufsgruppe, desto höher/niedriger das Ergebnis der Partei). Das Problem des Rückschlusses bleibt aber dennoch bestehen.²⁵

Bei der Auswertung auf Gemeindeebene kann die Verwendung des bivariaten Verfahrens mit einfachen Korrelationskoeffizient-Berechnungen Fehler nicht ausschließen. Das Grundproblem – die mangelnde Ausdifferenzierung des Einflusses verschiedener Faktoren auf das Wahlergebnis – soll deshalb nicht verschwiegen werden und bleibt bis zur Anwendung multivariabler wahlstatistischer Methoden bestehen.²⁶

Wählerschaft der NSDAP und soziale Schichtung in Schleswig-Holstein im März 1933

Um möglichst differenzierte Aussagen hierzu machen zu können, sind in einem ersten Schritt die Korrelationen und Stimmanteile für alle bei der Volkszählung erfassten Gemeinden und den ländlicheren Raum errechnet worden, um dann in einem zweiten Schritt weitere Ausdifferenzierungen nach dem jeweiligen Anteil (niedrig / mittel / hoch) der untersuchten Berufsgruppe/Wirtschaftsabteilung zu treffen.²⁷ Die Ergebnisse lassen sich für die einzelnen Parteien wie folgt zusammenfassen:

Die positivsten Zusammenhänge stellen sich für die NSDAP im ländlicheren Raum ein. Je höher der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft arbeitenden Menschen war – zu denen knapp 202.000 Bauern und deren (mithelfende) Familienangehörige sowie weitere 150.000 Landarbeiter und Angestellte mitsamt deren Angehörigen zählten²⁸ –, desto höher war der Anteil von Stimmen für die NSDAP. Zudem zeigt sich für die Selbstständigen und die mithelfenden Familienangehörigen dieser positive Zusammenhang unabhängig davon, wie hoch der Anteil dieser Berufsgruppen jeweils war.

In den Städten und Stadtkreisen beförderte zusätzlich ein hoher Anteil an Beamten und Hausangestellten das politische Klima für die Partei, wobei ein niedriger bzw. mittlerer Anteil dieser Berufsgruppen hingegen mit der Stimmabgabe für die DNVP positiv korreliert. Letztere wurde in der Regel positiv davon beeinflusst, je höher der Anteil von

Handel und Verkehr sowie den häuslichen Diensten in den Gemeinden war. Nicht überraschen kann, dass KPD- und SPD-Stimmanteile anstiegen, je höher der Anteil an Arbeitern lag (wobei sich im ländlicheren Raum die Landarbeiterschaft auch positiv im Sinne der DNVP auswirken konnte). Ähnliche Zusammenhänge finden sich ebenfalls bei der Wirtschaftsabteilung, in der besonders viele Beschäftigte Arbeiter waren: bei Industrie und Handwerk.

Die Ergebnisse zur Erwerbslosigkeit ergeben ein sehr differenziertes Bild: Einerseits schuf die hohe Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen ein Klima, das die Stimmabgabe für die linken Parteien förderte, wobei hiervon die KPD positiver betroffen gewesen sein könnte. Andererseits lassen sich diese Zusammenhänge differenziert nach den drei Berufsgruppen lediglich für die Hausangestellten bestätigen und ergeben für die Angestellten und Arbeiter kein so einheitliches Bild, was auf die Grenzen der Untersuchungsmethode und der zur Verfügung stehenden Daten hinweist.

Interessanterweise ergeben die Berechnungen für die Angestellten keine klaren Zusammenhänge, und für die öffentlichen und privaten Dienste gilt: Wo diese am wenigsten vertreten waren, beförderten sie das Klima für die linken Parteien; wo sie durchschnittlich vertreten waren, vielleicht das Klima für die DNVP, und wo sie am stärksten vertreten waren noch am ehesten eine Stimmabgabe für die NSDAP.²⁹

Tabellen 4-8

Reichstagswahl März 1933	Selbstständige, Juni 1933		
	niedrig (9,0-16,4 %) Ø 13,4 %	mittel (16,7-20,6 %) Ø 18,6 %	hoch (21,1-26,8 %) Ø 24,9 %
KPD	Ø 15,4 % (-0,35)	Ø 9,8 % (-0,08)	Ø 5,6 % (-0,47)
SPD	Ø 28,7 % (-0,67)	Ø 24,7 % (-0,33)	Ø 12,7 % (-0,68)
DNVP	Ø 7,9 % (+0,64)	Ø 12,2 % (+0,03)	Ø 11,6 % (-0,33)
NSDAP	Ø 43,4 % (+0,65)	Ø 49,2 % (+0,47)	Ø 67,5 % (+0,68)

Reichstagswahl März 1933	Mithelfende Familienangehörige, Juni 1933		
	niedrig (2,5-5,8 %) Ø 4,3 %	mittel (5,9-18,8 %) Ø 8,7 %	hoch (20,1-42,7 %) Ø 29,5 %
KPD	Ø 14,4 % (-0,23)	Ø 10,8 % (-0,22)	Ø 5,5 % (-0,81)
SPD	Ø 26,5 % (-0,42)	Ø 26,5 % (-0,20)	Ø 13,0 % (-0,81)
DNVP	Ø 9,3 % (+0,26)	Ø 11,5 % (+0,08)	Ø 10,9 % (-0,42)
NSDAP	Ø 44,9 % (+0,44)	Ø 46,9 % (+0,43)	Ø 68,4 % (+0,87)

Reichstagswahl März 1933	Arbeiter, Juni 1933		
	niedrig (26,6-39,4 %) Ø 33,9 %	mittel (39,4-47,3 %) Ø 44,4 %	hoch (48,0-74,9 %) Ø 55,6 %
KPD	Ø 5,3 % (+0,56)	Ø 9,7 % (+0,64)	Ø 15,8 % (+0,53)
SPD	Ø 13,9 % (+0,47)	Ø 21,8 % (+0,52)	Ø 30,5 % (+0,44)
DNVP	Ø 12,3 % (+0,41)	Ø 11,8 % (-0,30)	Ø 7,6 % (-0,57)
NSDAP	Ø 65,2 % (-0,54)	Ø 53,0 % (-0,51)	Ø 41,7 % (-0,64)

Reichstagswahl März 1933	Land- und Forstwirtschaft, Juni 1933		
	niedrig (1,7-7,2 %) Ø 4,7 %	mittel (7,9-49,7 %) Ø 16,1 %	hoch (55,4-77,3 %) Ø 65,8 %
KPD	Ø 14,6 % (-0,17)	Ø 10,8 % (-0,04)	Ø 5,4 % (-0,59)
SPD	Ø 28,7 % (+0,25)	Ø 24,0 % (-0,14)	Ø 13,4 % (-0,55)
DNVP	Ø 9,2 % (+0,24)	Ø 11,4 % (-0,20)	Ø 11,2 % (-0,05)
NSDAP	Ø 42,7 % (-0,24)	Ø 49,5 % (+0,41)	Ø 67,9 % (+0,56)

Reichstagswahl März 1933	Industrie und Handwerk, Juni 1933		
	niedrig (11,5-21,8 %) Ø 15,6 %	mittel (22,8-33,7 %) Ø 28,1 %	hoch (33,7-66,2 %) Ø 44,0 %
KPD	Ø 5,4 % (+0,48)	Ø 9,6 % (+0,54)	Ø 15,8 % (+0,23)
SPD	Ø 13,4 % (+0,50)	Ø 23,1 % (+0,28)	Ø 29,6 % (+0,54)
DNVP	Ø 11,2 % (-0,10)	Ø 13,2 % (-0,20)	Ø 7,3 % (-0,58)
NSDAP	Ø 67,9 % (-0,43)	Ø 49,1 % (-0,43)	Ø 43,1 % (-0,53)

Indirekte Schlüsse lassen sich über einen Teil der Wählerinnen ziehen. Zum Ersten können Aussagen über die Hausfrauen bzw. die wahlberechtigten Angehörigen ohne Hauptberuf getroffen werden, zum Zweiten über die Wirtschaftsabteilungen und Berufe, in denen Frauen dominierten bzw. diese fast vollständig alleine stellten. Dazu gehören die Wirtschaftsabteilung „Häusliche Dienste“ wie auch die Berufsgruppen der „mithelfenden Familienangehörigen“ bzw. „Hausangestellten“. Die hier errechneten Korrelationskoeffizienten dienen als Hinweise auf Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Lage und dem Wählerinnenverhalten.

Unter den Hausfrauen³⁰ kann von einer Affinität zum Nationalsozialismus nicht gesprochen werden, sie beförderten das politische Klima für die SPD bzw. KPD. Ähnliches trifft auf die erwerbslosen Frauen sowie darunter auch die erwerbslosen Hausangestellten zu. Letztere gehörten aufgrund ihrer nach oben hin offenen Arbeitszeit und der sozialen Kontrolle und Willkür ihrer Arbeitgeber wohl zu den am stärksten ausgebeuteten – zumeist ledigen jungen – Frauen in den Städten. Interessanterweise waren die erwerbstätigen Hausangestellten eher für die NSDAP bzw. DNVP förderlich als für die linken Parteien.³¹ Einzig für die Berufsgruppe der „mithelfenden Familienangehörigen“ finden sich in Schleswig-Holstein sehr positive Zusammenhänge zur NSDAP,

wobei sich dies auch im ländlicheren Raum noch einmal bestätigt.³²

Diese Ergebnisse deuten auf einen Zusammenhang von sozialer Lage, den Einflüssen der Familie (Beruf des Mannes, soziale Stellung der Frau bzw. der Familie insgesamt) sowie einem Stadt-Land-Gefälle hin. Die städtischen nicht berufstätigen bzw. erwerbslosen Frauen waren sich vielleicht eher ihrer Ausbeutung und Klassen-/Schichtzugehörigkeit bewusst und neigten deshalb stärker zur SPD als die Landfrauen, die im bäuerlichen Betrieb arbeiteten.³³

Im ländlichen Raum bestätigen sich damit für die Reichstagswahl vom März 1933 – wenn auch auf einer weit gröberen Basis – die sehr viel differenzierteren Ergebnisse, die Rudolf Heberle für das Landvolk bis zu den Reichstagswahlen im Juli 1932 herausbekommen hat.³⁴ Heberle konnte nachweisen, dass „die Erfolgchancen der NSDAP um so günstiger gewesen sind, je stärker die Mittelschichten der Selbständigen (Gewerbtreibende, Händler und Bauern) in der Wählerschaft vertreten waren“. SPD und KPD hingegen „waren um so erfolgreicher, je zahlreicher in der Bevölkerung und in jeder Wirtschaftsabteilung die Lohnarbeiter vertreten waren.“³⁵ Zudem belegte er, „daß kapitalistisches Gewerbe mit breiten Arbeitnehmermassen den besten Boden für die sozialistischen Parteien, handwerkliches Kleinbürgertum und kleinere Industriebetriebe den günstigsten Boden

Anmerkung zu Tabellen 4–8: In Klammern steht der Korrelationskoeffizient, der erst ab 0,2 Ausgawert besitzt. Lesebeispiel: Dort, wo im Juni 1933 die meisten Beschäftigten in Industrie und Handwerk zu finden waren, stimmen bei der Reichstagswahl im März 1933 29,6 % für die SPD. Der hohe Korrelationskoeffizient weist auf positive Zusammenhänge zwischen SPD-Milieu und den Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung hin.

für die NSDAP darstellte."³⁶ Und über die frühe NS-Affinität einzelner bäuerlich geprägter Regionen in Schleswig-Holstein urteilte Heberle: „Je einseitiger und daher krisenempfindlicher die landwirtschaftlichen Betriebe" ausgerichtet waren, desto größer waren die Chancen der NSDAP gewesen. Eine schwache Linke, fehlende Klassengegensätze, die Labilität der politischen Atmosphäre und gut erhaltene Dorfgemeinschaften führten dann im Extremfall schon im Juli 1932 zu 80,9 % Stimmenanteilen für die NSDAP wie etwa auf der Dithmarscher Geest.³⁷

Es bleibt aufgrund der obigen Berechnungen zu vermuten, dass diese Feststellungen Heberles auch für den März 1933 noch Geltung hatten, zudem decken sie sich im Kern mit den Ergebnissen von Jürgen Falter für das Deutsche Reich.³⁸

Für die großen Städte bestätigen zwei Untersuchungen zu Kiel ebenfalls die Ergebnisse zur sozialen Zusammensetzung. Danach haben gerade die mittelständischen Selbstständigen und die großbürgerlichen Selbstständigen am deutlichsten zum Wahlsieg der NSDAP beigetragen, es folgten die Beamten und Teile der Angestellten (und zwar diejenigen, die nicht sozialdemokratisch ge-

prägt waren). Die Arbeiterschaft stand zur SPD und – deutlich schwächer verankert – zur KPD. Ob diese Ergebnisse sich auf alle Stadtkreise übertragen lassen, muss allerdings offen bleiben.³⁹

Die NSDAP fand regional eine überwältigend große Wählerschaft in den ländlichen Kreisen, insbesondere an der Westküste und in den Geestgebieten. Am schwächsten war der Wählerückhalt im Hamburger Umland und in den Stadtkreisen. Während die hohe Erwerbslosigkeit nicht die Nazis, sondern ihre Gegner beförderte, bildete die NS-Anhängerschaft bei den in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen, den mit helfenden Familienangehörigen und den Selbstständigen (zumeist Gewerbetreibende und Bauern) eine stabile Basis.

Trotzdem wurde die NSDAP nicht nur von diesen Berufsgruppen oder den in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen gewählt, denn bei einem Wahlergebnis von durchschnittlich 44,6 % in den Stadtkreisen und 67,3 % bei der Landbevölkerung hatte die große Mehrheit der Wahlberechtigten im protestantischen Schleswig-Holstein zum Wahlsieg der NSDAP im März 1933 beigetragen. Schließlich gab es nur noch in zwölf meist kleineren Gemeinden Mehrheiten jenseits von NSDAP und DNVP.

Wahlrecht und Volksabstimmungen

Das NS-Regime schuf kein eigenes Wahlrecht, sondern übernahm die entsprechende Gesetzgebung der Weimarer Republik. Damit blieben sowohl die Reichsstimmordnung als auch das Reichswahlgesetz in Kraft, was offiziell nach § 1 Reichswahlgesetz und § 2 Absatz 1 Reichsstimmordnung freie und

geheime Wahlen vorschrieb, die durch Wahlurnen, Stimmzettel und -umschläge sowie Wahlkabinen umzusetzen waren und durch einen Wahlvorstand beim Urnengang überwacht werden mussten. Aktives Wahlrecht hatten alle Reichsbürgerinnen und Reichsbürger, die mindestens 20 Jahre alt waren. Wählbar

war jede Person ab 25 Jahren.⁴⁰

Alle Gemeinden und Städte wurden organisatorisch in Stimmbezirke eingeteilt, d. h. pro 1.000 bis maximal 2.500 Wahlberechtigte ein Wahllokal gebildet, und auch sonst glichen die Abläufe den altbekannten: Die Reichsregierung gab durch den Reichsinnenminister den Wahltag bekannt, und die örtlichen Behörden mussten jedem Wähler und jeder Wählerin eine Wahlbenachrichtigungskarte zustellen und Stimmlisten mit allen verzeichneten Wahlberechtigten auslegen. Wer nicht genannt war, konnte dies bei den Behörden anmelden, um dann bei positivem Entscheid doch noch wählen gehen zu können.

Wer sich am Wahltag nicht in seiner Gemeinde aufhielt, konnte mit einem Stimmschein wählen, der in jedem Ort Deutschlands zur Stimmabgabe berechnigte und damit eine Art Vorläufer der heutigen Briefwahl war.

In der Weimarer Republik waren Volksbegehren bzw. Volksentscheide möglich gewesen, wobei ein erfolgreiches Volksbegehren einen die Regierung bindenden Volksentscheid zuließ.⁴¹ In der Praxis nutzte lediglich die jeweilige Regierungsopposition dieses Mittel für ihre Zwecke. Ziel war es dabei nicht nur zu versuchen, den eigenen politischen Willen gegen die Regierungsmehrheit doch noch durchzusetzen. Vielmehr ging es auch immer darum, die eigene Anhängerschaft zu poli-

tisieren und gegen den politischen Gegner zu mobilisieren. Wenn es zum Volksentscheid kam, konnten die GegnerInnen des Volksentscheids aber nicht nur zum „Nein“ in der Abstimmung greifen, sondern noch einfacher handeln, denn die Verfassung sah ein Mindestbeteiligungsquorum vor. Wenn dieses unterschritten wurde, galt der Volksentscheid als abgelehnt, sodass die Abstimmungsgegner deshalb einfach zu Hause bleiben konnten, statt an die Urnen zu gehen.

Die Nationalsozialisten hatten kein Interesse an einem solchen Verfahren und verabschiedeten deshalb am 14. Juli 1933 ein „Gesetz über Volksabstimmung“.⁴² Dies ermöglichte ihnen, die Wahlberechtigten nicht nur über Gesetze, sondern auch über Regierungsmaßnahmen abstimmen zu lassen, wobei eine einfache Mehrheit der gültigen Stimmen zur Annahme bzw. Ablehnung ausreichen sollte. Ursprünglich war das Volksabstimmungsgesetz sogar als Mittel gedacht, um verfassungsändernde Beschlüsse zu fällen, die nicht durch das Ermächtigungsgesetz abgedeckt waren. Doch die nationalsozialistischen Verfassungsexperten widersprachen dieser Möglichkeit, sodass das Gesetz in der Praxis nicht die ursprünglich geplante Wichtigkeit erhielt. Faktisch wurde es als Mittel eingesetzt, um die scheinbare und tatsächliche Einheit zwischen NS-Führung und der propagierten Volksgemeinschaft zu demonstrieren.

„Wer aus Faulheit nicht wählt, ist Saboteur!“**

Reichstagswahl und Volksabstimmung vom 12. November 1933

Das Deutsche Reich hatte bis zum Herbst 1933 aus taktischen Gründen einen vorsichtigen Kurs in Fragen von

Abrüstung und militärischer Gleichberechtigung gegenüber Großbritannien und Frankreich vertreten. Um aber die

geheime deutsche Aufrüstungspolitik nicht zu gefährden – es gab einen britischen Vorschlag zur Abrüstungskontrolle –, verließ das Deutsche Reich am 14. Oktober 1933 die Genfer Abrüstungskonferenz und trat aus dem Völkerbund aus.⁴³ Gleichzeitig löste Reichspräsident von Hindenburg den Reichstag auf und legte für den 12. November Neuwahlen fest, „um dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben.“⁴⁴ Neben der wichtigeren Reichstagswahl, bei der nur Stimmen für die NSDAP möglich waren, wurde eine Volksabstimmung angesetzt.⁴⁵ Sie sollte den schon erfolgten Völkerbundaustritt mehrheitlich bestätigen und den „risikanten Akt durch ein innenpolitisches Vertrauensvotum absichern“ helfen.⁴⁶

Am 16. Oktober wurde der Regie-

rungspräsident in Schleswig informiert, zwei Tage später Regierungsdirektor Fleck als Kreiswahlleiter und Regierungsrat Blindow als dessen Stellvertreter für die Abstimmungen ernannt, und am 29. Oktober tagte der Kreiswahlausschuss: „Nach Feststellung des Kreiswahlleiters ist nur von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung) ein Kreiswahlvorschlag eingereicht worden. Dieser wurde [...] für gültig erklärt [...]“.⁴⁷ Wiederrum durften Auslandsdeutsche im Inland an den Abstimmungen teilnehmen, und für Seeleute galt das oben genannte gesonderte Wahlverfahren.⁴⁸

Die Versuche der NSDAP, sowohl deutsche Juden als auch inhaftierte „Schutzhäftlinge“ von den Urnengängen auszuschließen, scheiterten erneut am Widerstand des Reichsinnenministeriums und taktischen Überlegungen bzgl. einer beabsichtigten hohen Wahlbeteiligung.⁴⁹

Propaganda zum Völkerbundaustritt

In der Propaganda standen nationalistische Aspekte im Vordergrund. In verschiedenen Städten fanden so genannte Treuekundgebungen statt, auf denen der Austritt aus dem Völkerbund verteidigt, Deutschland als Opfer des Versailler Vertrages dargestellt und der „Friedenswillen“ der Regierung behauptet wurde. Während z. B. in Bad Oldesloe 800 Parteifunktionäre zu einem „Amtswalter-Appell“ vor dem Gaugeschäftsführer aufmarschierten, kamen in Neumünster 10.000 Menschen auf dem Adolf-Hitler-Platz zusammen, und in Kiel sollen bei einer Kundgebung von SA, SS, NSBO und Hitler-Jugend wie auch dem „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“,

dem „Freiwilligen Arbeitsdienst“, der Schutzpolizei und der Reichsmarine sogar 50.000 Menschen versammelt gewesen sein.⁵⁰

Von der angesetzten Abstimmung überrascht, disponierte die NSDAP auch schon längst geplanten Versammlungen um. So ging bspw. der Ministerpräsident von Braunschweig, Dietrich Klagges, bei der Einweihung eines nach ihm benannten HJ-Heimes in Wilster auf die neue außenpolitische Lage ein und meinte über die kommende Wahl: „Und nun sollen wir zur Überraschung vieler noch einmal wählen gehen. In zeitgemäßer Umformung wird die kommende Wahl offenbar nur um

die Frage gehen: Ja oder nein. Diese Wahl soll der Welt zeigen, daß die Rückkehr zur Ehre nicht nur eine Sache einzelner nationalsozialistischer Führer ist, sondern *Sache des ganzen Volkes*.“⁵¹

Ähnliches passierte in Bad Oldesloe, wo bei der Einweihung des „Adolf-Hitler-Hauses“ der Kreisleitung Stormarn der hessische Reichsstatthalter Jakob Sprenger fast ausschließlich auf die außenpolitische Lage und die Abstimmungen einging und Schleswig-Holstein nur in einem Nebensatz erwähnte.⁵²

Den eigentlichen Auftakt für den Wahlkampf der schleswig-holsteinischen NSDAP bildete eine Rede von Gauleiter Hinrich Lohse auf der zentralen Gautagung in der Kieler Nordostseehalle. Hier sprach er vor 6.000 Amtswaltern zum Thema „Die außenpolitische Lage und die Volksabstimmung und Reichstagswahl am 12. November 1933“, um die Parteigenossen auf den Wahlkampf einzustimmen.⁵³ Drei Tage später referierte er erneut auf der Gautagung der NS-Frauenschaft in Kiel und stellte die Rolle der Frauen im Wahlkampf so dar: „Die letzte deutsche Frau soll aber auch begreifen, daß ihr Schicksal mit unserem auf Gedeih und Verderb verbunden ist, und daß sie, wenn sie es nicht begreift und nicht einsieht, mit uns zugrunde geht.“

Am 12. November sollen wir wählen! Wir können nicht alle hinausgehen und Reden halten, erkennen sie ihre Aufgabe – helfen sie mit an der Aufklärung der Volksgenossen, die immer noch nicht begriffen haben und nicht glauben wollen.“⁵⁴ Neben solchen Appellen an zu leistende Überzeugungsarbeit wurden Frauen auch öffentlich direkt zur Stimmabgabe aufgefordert.

So hieß es in einem „Aufruf!“ des Reichsführers der NS-Frauenschaft, Krummacher, u. a.: „Das bisherige Wahlrecht ist in Kraft geblieben. Auch die deutsche Frau [...] ist also verpflichtet am 12. November ihre Stimme abzugeben!“⁵⁵

Es folgten Versammlungen und Aufmärsche in ganz Schleswig-Holstein, auf denen die regionalen Parteispitzen für die Wahl Propaganda machten; der Gauleiter reiste von Ort zu Ort und hielt Wahlkampfreden. Es gab Ortsgruppenversammlungen in kleinen Gemeinden wie Lurup, Kundgebungen mit Ansprachen des Kreisleiters wie etwa in Heide oder Bad Oldesloe und schließlich „Massenversammlungen“ mit dem Gauleiter, von denen die Presse euphorisch-agitierend berichtete: „Die Lohse-Kundgebung war für Kellinghusen ein großes politisches Ereignis. Am 12. November steht auf allen Stimmzetteln: Ja!“⁵⁶

Der Wahlkampf selbst sollte ganz durch die NSDAP und ihre Redner bestimmt werden, anderen – auch „nationalen“ – Verbänden war der Auftritt verboten worden bzw. bedurften sie der ausdrücklichen Genehmigung durch Gauleiter Lohse.⁵⁷ So hielt etwa in Kiel nur der „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ eigenständige Veranstaltungen ab, die aber rhetorisch denen der NSDAP in nichts nachstanden: „Wer am 12. November der Wahlurne fernbleibt, macht sich zum Verräter an Volk und Vaterland und ist nicht wert, daß er sich Deutscher nennt.“⁵⁸ Der größte Teil der Wahlpropaganda wurde völlig durch die NSDAP bestimmt, die man seitens der Regierung zum „Burgfrieden“ mit ihren nationalistisch-bürger-

lichen Gegnern mahnte.⁵⁹

Die schleswig-holsteinische Presse wurde von Gauleiter Lohse in seiner Funktion als Oberpräsident zu einem Gespräch eingeladen und bezüglich der Wahlkampfberichterstattung instruiert.

Außerdem erhielt sie Anweisungen durch das Propandaministerium in Berlin, was insbesondere genaue Hinweise darüber bedeutete, wann, wo und wie bestimmte Artikel in den Zeitungen zu erscheinen hatten.⁶⁰

Hermann Göring und Adolf Hitler in Schleswig-Holstein

Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring traf am 27. Oktober in Kiel zu einer Wahlkampfreden für die Provinz Schleswig-Holstein ein.⁶¹ Göring wurde mit Hilfe der Presse sehr geschickt als volksnaher Politiker dargestellt, und man setzte propagandistisch auf seine militärische Vergangenheit als Jagdflieger im I. Weltkrieg. Dazu passend landete er mit einer auf den Namen „Manfred von Richthofen“ getauften Maschine auf dem Flughafen Kiel-Holtenau, was in der *Kieler Zeitung* so beschrieben wurde: „In der Pilotenkabine sitzt ein Mann im dicken gefütterten Mantel und Wildlederkappe: Luftfahrtminister Hermann Göring auf der Wahlkampfreise in die Nordmark. Er steuert eigenhändig den gewaltigen Luftriesen [...]“⁶²

Göring hielt in der ausverkauften Nordostseehalle eine Rede vor 25.000 Menschen und hetzte gegen das „Novembersystem“, den Marxismus, den Kommunismus und „Klassenkampf“ ebenso wie gegen das Politikverständnis des nationalistischen Bürgertums. Die Inflation lastete er den Juden, die Arbeitslosigkeit den Sozialisten an, verteidigte die Todesstrafe und kündigte eine härtere Verbrechensbekämpfung an.⁶³ Außenpolitisch sprach er sich gegen den Versailler Vertrag aus und behauptete: „Dort hat ein sogenannter

Deutscher die deutsche Ehre preisgegeben. Es war kein Soldat, es war ein Parlamentarier, der die deutsche Ehre verkauft hat“, um anschließend laut *Kieler Zeitung* zu den folgenden Sätzen größere Zustimmung zu erhalten: „Hitler hat es fertig gebracht, in den äußeren Rahmen wieder die Geschlossenheit eines Volkes hineinzustellen (Langanhaltender Beifall) [...]. Nicht um Kanonen kämpfen wir [...]. Es geht um unsere Ehre, Gleichberechtigung, um unseren Frieden (Beifall)“.⁶⁴

Doch Göring sollte nicht der letzte prominente Redner bleiben, denn es folgte knapp zehn Tage später der Auftritt des Reichkanzlers in der Kieler Nordostseehalle. Hierfür warb die NSDAP durch Anzeigen, die Presse brachte Gedichte auf den „Führer“ und überschlug sich in Ergebnheitsadressen: „Unsere Provinz ist schon lange vor der Machtergreifung die Hochburg des Nationalsozialismus im Norden gewesen. Sie wird auch in diesem Wahlkampf diesem Ruf und ihrer totalen Ergebnheit zum Führer Ehre machen und bereits am 6. November vor den Augen des Führers ein überwältigendes Zeugnis ablegen, daß sie nur einen Führer des Deutschen Reiches und in die deutsche Zukunft kennt, ihn, den Volkskanzler!“, hieß es in der *Kieler Zeitung*.⁶⁵

Mit zehn Sonderzügen der Reichs-

bahn und zu 60 % billigeren Tarifen fuhren die norddeutschen Hitleranhänger nach Kiel, wo schon nach zwei Tagen alle Karten für die Veranstaltung ausverkauft waren. Vorsorglich hatte die Kreisleitung der NSDAP sieben weitere Veranstaltungsräume gemietet, in denen die Rede Hitlers übertragen werden sollte, und parallel dazu strahlte das Radio die Veranstaltung im gesamten Norden aus.⁶⁶

In der Stadt wurden hektisch und schnell die Vorbereitungen auf den Besuch des „Führers“ getroffen: Die Nordostseehalle wurde mit weißem Leinwandstoff dekoriert, die Beleuchtung modernisiert und die Akustik verbessert. Für die öffentlichen Gebäude wurde Flaggenschmuck angeordnet, dasselbe für nichtöffentliche Bauten erwartet, und Geschäfte, Läden sowie Arztpraxen schlossen früher, um ihren Kunden und Patienten die Teilnahme am Ereignis zu ermöglichen.⁶⁷ Obwohl die Nordostseehalle lediglich für 25.000 Menschen Platz bot, kamen neben der Kieler Bevölkerung weitere Zehntausende Menschen von außerhalb in die Stadt, um Hitler sehen bzw. reden zu hören.⁶⁸

Dieser reiste für den Wahlkampf durch ganz Deutschland und sollte von Marienburg in die Kriegsmarinestadt einfliegen. Dort machte man sich zum großen Empfang in Holtenau bereit, doch das Flugzeug musste wegen des herbstlichen Sturmwetters in Lübeck-Travemünde landen. Die Weiterfahrt durch die holsteinische Schweiz nutzte die Presse dazu, die angebliche und tatsächliche Beliebtheit Hitlers zu beschreiben: „Süsel. [...] Auf der Dorfstraße steht der Führer, ihn umringt die Dorfjugend. [...] Wir sind in Plön. Woher

kommen auf einmal die vielen Menschen? [...] In Preetz dasselbe Bild. [...] Elmschenhagen. [...] ‚Nur den Führer einmal sehen.‘“⁶⁹ Und ein Mitreisender schilderte die Fahrt so: „[...] die Fahrt durch die abendlichen Dörfer und Städte nach Kiel wird wieder ein Triumphzug, trotzdem es regnet, was vom Himmel herunterwill. Dann taucht das Lichtermeer von Kiel aus der Dunkelheit auf und eine ganze Stadt hat sich von neuem erwartungsfroh an den Straßenrändern mit Fahnen, Musik und Blumen aufgestellt.“⁷⁰

In der Nordostseehalle hatten sich alle wichtigen Repräsentanten – von Lohse über den Kieler Kreisleiter und Oberbürgermeister Behrens bis hin zu Polizeipräsident Graf zu Rantzau und Vizeadmiral Albrecht – versammelt, um die Rede des Reichskanzlers zu hören. Die Stimmung in der Halle beschrieb die NS-Zeitung folgendermaßen: „Der Führer kommt! Arme recken sich, Heilrufe brausen auf, verebben, schwellen an. Es ist die uns so vertraute Melodie eines Meeres, das Liebe und Begeisterung dem Führer zuträgt.“⁷¹

Hitlers Rede – die nur in Form des offiziell von der Presse nachgedruckten stark gekürzten Textes überliefert ist – konzentrierte sich fast völlig auf die nationale Frage. Deutschland wurde als Opfer des Versailler Vertrages, der Nachkriegsordnung in Europa und als nicht gleichberechtigte Nation in der Welt beschrieben: „Für alle Zeiten ein Volk als zweitklassig und minderberechtigt hinzustellen, das wird auf die Dauer kein Volk erdulden und kein Volk ertragen! (Stürmischer anhaltender Beifall).“ Im weiterem stellte Hitler die Reichstagswahl und Volksabstimmung

als Zeichen „wahrhafte[r] Demokratie“ dar, denn das Regime – so die suggerierte These – stelle sich schon nach sieben Monaten statt vier Jahren (wie in parlamentarischen Demokratien üblich) dem Urteil des Volkes. An die Zuhörerinnen und Zuhörer gewandt, betonte er abschließend: „Du mußt aufstehen vor

der ganzen Welt, damit sie einsieht, daß ein neues deutsches Volk entstanden ist und die Welt wird erkennen, daß die Schmach des 11. November 1918 am 12. November 1933 vom Volk getilgt wurde.“ (Nicht endenwollender Beifall)“, so die amtlich genehmigte Fassung der Wahlrede.⁷²

Letzte Propaganda vor dem Urnengang

Sowohl vor wie auch nach dem Auftritt Hitlers fanden in Schleswig-Holstein weitere Wahlversammlungen und Kundgebungen statt, auf denen die regionale Parteiprominenz in kurzen Abständen Wahlkampfreden hielt. So sprach etwa Gauleiter Lohse u. a. in Bad Oldesloe, Itzehoe und Wandsbek vor mehreren tausend Menschen, und der spätere stellvertretende Gauleiter, Landrat Joachim Meyer-Quade, reiste nach Elmsborn und in die Krempermarsch, um dort Reden zu halten.⁷³ Besonders für die Bauern wurde verstärkt Propaganda gemacht, da das neue Reichserbhofgesetz nicht überall auf Zustimmung stieß. So rief die Kreisbauernschaft Stormarn zu einer Versammlung auf, bei der sowohl der Kreisbauernführer wie auch ein Richter zum Erbhofgesetz Stellung nehmen sollten. Der Appell an die Klientel war klar: „Kreisbauernschaft Stormarn! Die Stormarner Bauern fühlen sich innerlich verpflichtet, [...] dem Führer ihre Stimme zu geben. Es geht um Ehre, Existenz und Freiheit des deutschen Volkes und des deutschen Bauernstandes“, schrieb Kreisbauernführer Herbst in einer Anzeige.⁷⁴

Bis zum Wahlsonntag druckten die Zeitungen Aufrufe von Vereinen und Innungen und versuchten, ihre Leser-

Für Freiheit  **und Frieden!**

Große öffentl. Kundgebung
als Bekenntnis der Treue für unseren Volks-
kanzler Adolf Hitler und für die Regierung!

Unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung
findet am Sonntag d. 3. November eine

Massenkundgebung
auf dem **Seider Marktplatz** statt:

Hierzu sind sämtliche Ortsräte und Vereine
bitten eingeladen. (Sonderankündigung) Weitere
persönliche Einladungen werden nicht ergehen!

2.30 Uhr: Auffassung der Verbände in der Wahnhalle.
ämtlichen Kreisbauernhof aus Gillebrügge.

3.00 Uhr: Abmarsch zum Demonstrationszug
durch die Stadt. Folgende Straßen werden berührt:
Kreiskaserne, Kaserne, Kreisrat, Kreisrat,
Kreiskaserne, Müll-Gießerhof, Platz, Friedens-
Markt, Schuhmacherstr., Holten, Nordstr.,
Friedensthal, Mollstr., Germerstr., Weier-
werbe, Mühlstr., Gießer, Markt.

Entschieden: **Massenkundgebung!**

Es spricht: **Kreisleiter M. Mattheisen**
Ortsgruppenleitung der N. S. D. A. P. Heide

**Mit Hitler für einen Frieden der
Ehre und Gleichberechtigung!**

*Schleswig-Holsteinische Tageszeitung,
3. November 1933*

schaft mit Kolumnen, Kommentaren, Gedichten auf den Führer positiv für die Abstimmung einzunehmen. Hinzu kamen bewusste Preissenkungen der Reichsregierung bei Lebensmitteln und der wiederholte Abdruck von Parolen für den Urnengang: „Wer aus Faulheit nicht wählt, ist ein Saboteur!“, meinte die *Nordische Rundschau* am 9. November, und die *Schleswig-Holsteinische*

Deutsche Wähler zeigt der Welt, daß hinter Adolf Hitler und seiner Regierung die deutsche Nation steht!

Kieler Neueste Nachrichten, 11. November 1933

Tageszeitung schrieb am Samstag vor der Wahl am Fuß der Titelseite: „Die Stimme des Volkes: Ja“.⁷⁵

Der offizielle Wahlkampf endete mit Berichterstattungen zum Jahrestag des Hitler-Putsches und der Übertragung von Hitlers Ansprache vor der Siemensbelegschaft in Berlin.⁷⁶ Letztere wurde per Rundfunk ins gesamte Deutsche Reich ausgestrahlt, sollte den reichsweiten Höhepunkt im Wahlkampf markieren und wurde zur Pflichtveranstaltung aller „Volksgenossen“ erhoben, die sowohl in den Betrieben und Schulen als auch auf allgemein zugänglichen Versammlungen und über öffentlich aufgestellte Lautsprecher zuhören konnten bzw. mussten: „Die Fenster auf! Zum Gemeinschaftsempfang des Führers am 10. Nov. um 13 Uhr“.⁷⁷ Oberpräsident Lohse machte für die staatlichen Bediensteten das Anhören zur Pflicht, ließ dafür den großen Saal im

„Haus der Arbeit“ in Kiel herrichten und lud auch die Stadt Kiel dazu ein. Diese hatte aber schon lange das Stadttheater für diese Massenversammlung ihrer Mitarbeiter vorgesehen.⁷⁸

Einen Tag später – am Samstag vor der Wahl – appellierte Reichspräsident von Hindenburg als Staatsoberhaupt an die Wahlberechtigten: „Zeigt geschlossen eure nationale Einheit und eure Verbundenheit mit der Reichsregierung“ und beendete mit dieser letzten Ansprache den reichsweiten Wahlkampf,⁷⁹ während sich für Schleswig-Holstein abschließend die evangelische Landeskirche zu Wort meldete: „Gott will, daß Friede auf Erden sei. Darum ist der Kampf für den echten Frieden, zu dem der Kanzler uns aufruft, unsere Glaubenspflicht. [...] Darum kann die Lösung der Kirche für den 12. November nur lauten: Seid getreu und seid getrost!“⁸⁰

Vorbereitungen und Reaktionen auf Widerstand

Knapp 14 Tage vor der Wahl begann das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa) in Berlin die Behörden vor „kommunistischen Störaktionen“ in Form von Wahlpropaganda oder Schmierereien an Hauswänden und auf Bürgersteigen zu warnen. Zudem behauptete das Gestapa, dass in der Leitung der KPD die Parole ausgegeben worden sei, leere Stimmzettel abzugeben, um ein Bild über die Anhängerschaft der KPD zu erhalten.⁸¹

Weitere Warnungen folgten am 8. und 9. November: „KPD beabsichtigt anlässlich Reichstagswahl rege Agitation durch Flugblätterverteilung, Mal- und Klebekolonnen und Abänderung der Wahlplakate zur Irreführung der Wähler“. „Kommunisten planen Freitag in Betrieben vor Reichskanzlerrede Handzettel zu verteilen.“⁸²

Unmissverständlich war die Forderung zum Vorgehen gegen die illegale

KPD: „Ich ersuche, der kommunistischen Mund- und Zettelpropaganda zur Wahlenthaltung gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden“ und ordne „verschärften Gebrauch der Schusswaffe gegenüber kommunistischen Zettelverteilern“ an. Zudem befahl die Behörde die Kontrolle verdächtiger Postsendungen und fragte nach, ob und wo vermehrt Stimm Scheine ausgegeben wurden, da dies als Indiz für mögliche Opposition galt: Mit Stimm Scheinen konnte schließlich jeder und jede überall wählen oder eben (unkontrolliert) nicht wählen gehen.⁸³

Am Wahltag selbst wurde die Landespolizei in Alarmbereitschaft versetzt, und die Gestapo in Altona warnte für Schleswig-Holstein eindrücklich davor, dass Kommunisten falsche Abstimmungszettel in Wahllokalen auslegen würden.⁸⁴ Trotz dieser polizeilichen Maßnahmen war das Regime stark darauf bedacht, im Ausland einen guten Eindruck zu vermitteln und „freie“ Wahlen vorzutäuschen: „Jede Belästigung von Stimmberechtigten, namentlich auch vor den Wahllokalen, ist mit allen polizeilichen Mitteln zu verhindern. [...] Das Ergebnis der Abstimmung darf nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß Fälle von ‚Wahlterror‘ vorkommen, die der deutsche Feindlichen Propaganda Nahrung zu liefern geeignet wären“, so Reichsinnenminister Frick.⁸⁵ An die Adresse der NSDAP gewandt, versuchte Frick – jetzt in seiner Funktion als Reichswahlleiter der Partei – ebenfalls auf diese einzuwirken: „Ich verbiete daher den Dienststellen der NSDAP mit aller Bestimmtheit jede Einwirkung auf das Wahlgeschäft, die als Beeinträchtigung [...] vorkommen.“⁸⁶

Zu größeren Zwischenfällen bei der Wahl kam es laut der für Schleswig-Holstein zuständigen Staatspolizei in Altona nur vereinzelt: Ein Sozialdemokrat aus Altona rief durch das Flugblatt „Merkblatt zur Wahl am 12.11.33“ dazu auf, mit „Nein“ zu stimmen, und wurde dafür später vom Sondergericht verurteilt.⁸⁷ Andere ehemalige SPD-Mitglieder in Steilshoop (Wandsbek) sollten durch Eintragung in eine Liste davon abgebracht werden, zur Wahl zu gehen: „Es ist anzunehmen, dass vor allem versucht wird, die Leute von der Wahl abzuhalten, die früher marxistischen Parteien angehört haben, weil man annimmt, dass diese noch am leichtesten zu bearbeiten seien.“⁸⁸

In Rahlstedt bei Wandsbek wurden Wahlplakate der NSDAP überklebt und daraufhin ehemalige KPD-Funktionäre vorläufig festgenommen, und in Altona hob die Gestapo eine kommunistische Druckerei aus, nahm 18 KPD-Funktionäre fest und verhinderte so eine größere Verteilung der *Hamburger Volkszeitung*.⁸⁹ Für Lübeck ist bekannt, dass die illegale KPD 8.000 bis 10.000 Flugblätter gegen die Reichstagswahl druckte und teilweise verteilen konnte. Die KPD-Unterbezirksleitung wurde aber im Rahmen dieser Aktion von der Gestapo verhaftet, nachdem ihr Politischer Leiter am Abend vor der Reichstagswahl mit Flugblättern festgenommen werden konnte.⁹⁰

In Flensburg wurde ein störungsfreier Ablauf der Wahl konstatiert, auch wenn bei „schwachen Gegenaktionen“ der KPD drei Verteiler der *Roten Fahne* verhaftet, ferner sozialdemokratische Flugblätter verbreitet wurden und die Polizei davon ausging, dass „nur in ganz

Aufruf

An alle Oldesloer Wahlberechtigten!

Die unterzeichneten Vereine und Organisationen fordern auf diesem Wege die gesamte Bevölkerung Oldesloes auf, sich am 12. November 1933 zu Deutschland zu bekennen.

Die neunmonatige Regierungstätigkeit Adolf Hitlers hat uns alle zu der Ueberzeugung kommen lassen, daß nur er einzig und allein der Mann ist, der Deutschland aus der Not und dem Elend in eine bessere Zukunft führen wird. Bei Regierungsantritt versprach er dem Volke, in 4 Jahren die Erwerbslosigkeit zu beseitigen. Von 6 Millionen Erwerbslosen hat Adolf Hitler in 9 Monaten 2½ Millionen Arbeit und Brot gegeben. Das heißt, daß er damit sein Versprechen längst eingelöst hat und auch uns die Gewähr gibt, daß die anderen Erwerbslosen von der Straße kommen. Um dieses Werk zu vollenden, ist es notwendig, daß das gesamte deutsche Volk zu dem Führer steht.

Ist das deutsche Volk heute bereits einiger denn ja, so muß es am 12. November auch rein äußerlich die Einheit dokumentieren. Ein geeintes deutsches Volk wird von der Welt respektiert werden, eine Regierung, hinter der das ganze deutsche Volk steht, wird mit den Auslandsmächten eine ganz andere Verhandlungsmöglichkeit haben. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Gleichberechtigung unseres deutschen Volkes unter den anderen Völkern durchzusetzen. Nur auf diesem Wege wird der Weg frei für Frieden, Freiheit, Brot und Gleichberechtigung. Deshalb Vereinsmitglieder und darüber hinaus die gesamte Oldesloer Bevölkerung fordern wir Euch auf, zum Volksentscheid mit „Ja“ zu stimmen und zum Reichstag die nationalsozialistische Liste wählen zu wollen.

Die nationalsozialistische Reichstagsliste

muß unter allen Umständen angekreuzt werden,

damit dem Führer ein Reichstag präsentiert werden kann, der ihm zeigt, daß sein Volk hinter ihm steht und sich seiner Führung anvertraut.

Mit Hitler-Heil!

Bürgerverein Bad Oldesloe
Oldesloer Doppelquartett von 1898
Jugendverein Eckboom
Eisenbahnerverein Bad Oldesloe
Oldesloer Sportverein
Ortsauschuß für Arbeitslosen
R. C. B. der Deutschen Schwimmvereine
Quartettverein Böck
Ev. Frauenhilfe
Reglerverband
Vereinstaubenverein
Deutscher Handwerkskammerverband
Bund Königin Luise
Der Gleichheit S. S. F. Ortsgruppe Oldesloe
Handelsverein
Jungmädchenchor
Kirchenvorstand
MIL. Kameradschaft v. Bad Oldesloe

Bar'-nerverein Hohenkamp
H. S. Lehrerbund
Handwerkerbund
Ortsgruppe Komba
Polizei Männergesangsverein
Völkischjugendverein
Verkehrsverein
Freiwilige Sanitätskassen von Rotes Kreuz
Bürger-Schützengilde
Schützklub von 1875
Haus- und Grundbesitzernverein
Desdorf
Waterschifflicher Frauenverein
Freiwilige Feuerwehr
H. S. Kriegsbeschädigten
Vorkorpsverein
Männergesangsverein Hansa
Besamtenabteilung der NSDAP.

Theaterverein von 1920
Heim „Weg zum Blick“
Freie Tischlerinnung
Tischler-Innung Bad Oldesloe
Sattler-Innung Bad Oldesloe
Schuhmacher-Innung
Maler-Zwangsinnung
Innung „Bauhütten“, Bad Oldesloe
Schmiede- und Schlosser-Innung
Stellmacher- u. Wagenbau-Innung
Klempner- und Installateur-Innung
Laternen- und Leuchter-Innung
Männer-Turnverein von 1882
Musikvereinigung
Schreibergartenverein „Teufelhof“
Ratholischer Jungmänner-Verein

zuverlässigen Kreisen [...] die staatsfeindlichen Wahlparolen besprochen" wurden.⁹¹ Besorgter reagierten die Behörden hingegen auf die hohe Stimmenthaltung der dänischen Minderheit, deren knapp 3.000 Wahlberechtigte auch bei den nachfolgenden Abstimmungen immer unter dem Verdacht standen, nicht zur Wahl zu gehen bzw. mit „Nein“ zu stimmen.⁹²

Die Stapostelle Altona konstatierte für ihren Zuständigkeitsbereich: „Nach dem Wahlergebnis in Schleswig-Holstein muß angenommen werden, daß die kommunistische und marxistische Wahlpropaganda in den größeren Städten trotz aller Maßnahmen nicht völlig verhindert worden ist und teilweise recht hohen Ziffern der Nein-Stimmen bewirkt hat.“⁹³ Wenn man diesen Quellen Glauben schenkt, gab es während der Reichstagswahl 1933 also keine größeren Störaktionen seitens der illegalen Arbeiterbewegung, weder auf dem Land noch in den größeren Städten.⁹⁴

Wie zynisch das Regime aber zu denjenigen stand, die sich gegen das Regime stellten, zeigt eine Anweisung aus Berlin: „Schutzhäftlinge sind abstimmungsberechtigt. In Konzentrationslagern sind besondere Abstimmungsräume einzurichten. Bekanntmachung hierüber hat zu unterbleiben. Über Abstimmungsberechtigung darf Mitteilung an die Öffentlichkeit nicht erfolgen.“⁹⁵ Das Ergebnis einer solchen Abstimmung spiegelt sich in dem Brief des Direktors der Landesarbeitsanstalt Glückstadt an den Regierungspräsidenten in Schleswig wider: „Nachstehend teile ich den Wahlausgang im Wahlbezirk Konzentrationslager Glückstadt mit: [Reichstagswahl] 46 NSDAP 24 Ungültig [Volksabstim-

mung] 44 Ja 18 Nein 8 Ungültig. [...] Das Ergebnis zeigt, daß rund ein Drittel aller Schutzhäftlinge immer noch nicht begriffen hat oder begreifen will, um was es heute geht. Leider sind die Namen der Unbelehrbaren nicht festzustellen.“⁹⁶

Die Presse berichtete hingegen folgendermaßen: „Das erfreuliche Ergebnis [...] beweist, daß auch die größte Zahl der im Konzentrationslager Inhaftierten sich bereits zu einer Bejahung unseres heutigen nationalsozialistischen Staates durchgerungen hat und sich zu ihm bekennt.“⁹⁷ Solche Veröffentlichungen sah das Regime allerdings nicht gerne und wies die Presse an: „Die Zeitungen werden gebeten, keine Berichte über Wahlergebnisse mehr aus Konzentrationslagern zu bringen.“⁹⁸

In diesen Kontext passt, dass Menschen denunziert wurden, die sich öffentlich gegen die Abstimmungen gewandt hatten. So ermittelte die Polizei in Kiel gegen einen unbekannten Kunden eines Friseurladens, weil dieser laut Zeugenaussage gesagt hatte, „dass die Aussichten Hitlers schlecht stünden. [...] Sollte, so meinte er weiter, Hitler nicht mit der Wahl durchdringen, bedeute das für ihn ein Mißtrauensvotum, und müssten dann etliche Männer an der Spitze verschwinden. Seines Erachtens käme dann nur eine Militärdiktatur in Frage [...]“.⁹⁹

In einem anderen Fall kam ein Kieler „Stahlhelm“-Mitglied vor das Sondergericht, weil er sich gegen Hitler geäußert und erklärt haben sollte, „die Wahlergebnisse seien gefälscht.“ Eine Denunziation bei der NSDAP endete mit einem Schreiben des Kreispropagandaleiters an die Stapo, in dem verlangt wurde: „Wir nehmen an, dass es



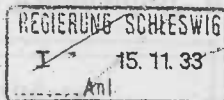
Der Direktor
des

Landesarbeitsanstalt
Glückstadt

Tiergespräch Dr. 456

Tab. Dr.

Glückstadt (Elbe), den 13. November 1933.
Jungfernstieg 1



An

den Herrn Regierungspräsidenten in Schleswig,
" " Polizeipräsidenten in Kiel,
die Polizeiverwaltung in Neumünster,
die Herren Landräte in Itzehoe, Meldorf, Plön,
Eckernförde, Schleswig und Pinneberg.

Betr.: Reichstagswahl und Volksbefragung bei den Schutzhäftlingen.

Nachstehend teile ich den Wahlausgang im Wahlbezirk Konzentrationslager Glückstadt mit, der dort interessieren dürfte.

Abgegebene Stimmen auf Stimmschein 70

1.) Reichstagswahl:

Es wählten N S D A P	46	
ungültig waren	<u>24</u>	70

2.) Volksbefragung:

"Ja" Stimmen	44	
"Nein" Stimmen	18	
ungültig waren	<u>8</u>	70

Das Ergebnis zeigt, daß rund ein Drittel aller Schutzhäftlinge immer noch nicht begriffen hat oder begreifen will, um was es heute geht. Leider sind die Namen der Unbelehrbaren ja nicht feststellbar.

Glückstadt, den 16. 11. 33.

Haupt

z.H. m.H.
1. 12. 33.
[Signature]

[Signature]

[Signature]

Und Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau: Für Dich gibt es nur eine Parole am Sonntag:
Mit Hindenburg und Hitler! Du stimmst mit Ja!

Lübecker General-Anzeiger, 11. November 1933

möglich ist, dass der beschuldigte M. ins Konzentrationslager überführt werden kann. Heil Hitler!" Das Sondergericht stellte das Verfahren aufgrund des nationalen Leumunds des Angeklagten ein.¹⁰⁰

Ein anderes Sondergerichtsverfahren endete mit einer sechswöchigen Gefängnisstrafe. Dem 29-jährigen Landarbeiter und Melker H. aus Rixdorf im Kreis Plön warf man vor, sich gegen die Regierung geäußert zu haben. Der Hauptbelastungszeuge schilderte die Ereignisse in einer Gaststätte in Lebrade so: „H. [...] bekannte sich öffentlich zur SPD. Auf meine Äußerung, daß er dann bei der Wahl auch mit ‚Nein‘ gestimmt hätte, gab er dieses zu. Hierauf nannte ich ihn Lump und Vaterlandsverräter.“ Und zum Angeklagten gewandt, sagte der Zeuge in der damaligen Auseinandersetzung: „Daß Du mit ‚Nein‘ gestimmt hast, habe ich Dir gleich nach der Wahl ange-

merkt, denn Du wolltest Dir kein Wahl- abzeichen anstecken lassen.“¹⁰¹

Aus Bad Oldesloe ist sogar die Kündigung eines Zeugen Jehovas bekannt, der – aus religiösen Gründen – der Wahl fern blieb: „Herr Wöltje ist am 27. November 1933 aus unseren Diensten entlassen worden, weil er der Wahl zum Reichstage und zur Volksabstimmung ferngeblieben ist und sich dadurch in den Gegensatz zu der Volksgemeinschaft gestellt hat“, so die Landwirtschaftskammer über ihren 36-jährigen Außendienstmitarbeiter.¹⁰²

Und in Dithmarschen kam es in der Wahlnacht zu einem Überfall von vier SS-Leuten auf das Haus des Gauführers des seit September verbotenen Tannenbergbundes, Heinrich Wollatz in Hedwigskoog, und zur Verfolgung von Nicht-WählerInnen durch SA bzw. SS bis hin zu Verhaftungen in einer Gaststätte in Wesselburen.¹⁰³

Der Wahlsonntag

„In fast allen Straßen sind riesige Transparente mit Kernsprüchen angebracht, die auf die Bedeutung des 12. November hinweisen. Große, schlagkräftige Wahlplakate fordern zur morgigen Wahl auf, zum ‚Ja‘ für die Politik der Reichsregierung. In den Fenstern unzähliger Parterre-Wohnungen sind kleine Flugblätter angebracht, die Schaufenster der Kieler Geschäftswelt enthalten fast zum

größten Teil Aufrufe zur Wahl, kurz: die Wahl beherrscht das Stadtbild“, schrieb die *Kieler Zeitung* am Vortag der Abstimmung.¹⁰⁴ Ähnlich sah es auch andersorts aus. In Itzehoe weckte der HJ-Spielmannszug um 7 Uhr die Bevölkerung, und aus Heide meldete die *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung*: „Im Schmuck unzähliger Fahnen und sogleich mit Beginn der Wahlhandlung

Auch Deine Stimme gehört Adolf Hitler!!

So muß Dein Stimmzettel für die Reichstagswahl aussehen:

Reichstagswahl	
Wahlkreis III/III	
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) Adolf Hitler Rudolf Heß, Dr. Wilhelm Frick, Hermann Göring, Dr. Joseph Goebbels, Ernst Röhm, H. Walther Darré, Franz Seidler, Franz von Papen, Alfred Hugenberg.	

Stimmzettel bei der Reichstagswahl vom November 1933

strömte die Einwohnerschaft zur Wahlurne. Der Andrang in den einzelnen Wahllokalen war zeitweise so groß, daß man die Pforten vorübergehend schließen mußte.¹⁰⁵

Die Wahllokale waren von 9 bis 18 Uhr geöffnet, die Regierung hatte deren Sicherung angeordnet, und man sah sich genötigt, vorher darauf hinzuweisen, dass die Abstimmung geheim war, um auch vor dem Ausland nicht in ein schlechtes Licht gerückt werden zu können. Menschen in Krankenhäusern ermöglichte man die Stimmabgabe vor Ort, und Schwerkranke sowie Körperbehinderte wurden durch das Rote Kreuz oder den NSKK zum Wahllokal transportiert und begleitet.¹⁰⁶

In den Wahllokalen saßen neben NSDAP-Mitgliedern auch „nationale Persönlichkeiten“, denn laut Runderlass des preußischen Innenministers war es

„unerwünscht, wenn die Kreiswahlauschüsse ausschließlich aus Angehörigen der NSDAP bestehen. [...] Dieselben Grundsätze gelten für die Berufung der Abstimmungsvorstände.“¹⁰⁷ In Bad Oldesloe hatte der Magistrat sogar zuerst nur auf erfahrene städtische Beamte als Abstimmungsvorsteher zurückgegriffen, um dann doch die NSDAP vor Ort bei der Berufung einzubeziehen.¹⁰⁸

Die Wahlberechtigten erhielten je einen Stimmzettel für die Reichstagswahl und einen für die Volksabstimmung, aber nur einen Wahlumschlag. Die Nichtabgabe eines Stimmzettels wurde als Stimmenthaltung und nicht mehr – wie bei vorherigen Wahlen – als ungültige Stimme bewertet, was in der Presse veröffentlicht und auch in den Stadtverwaltungen bekannt gemacht wurde. Ob wirklich alle Wählerinnen und Wähler davon wussten, muss offen



SA-Propaganda-Aktion in Elmshorn – Radfahrer tragen Transparente auf dem Rücken

bleiben, doch blieb die Nichtabgabe eines Stimmzettels eine Möglichkeit, sich gegen das NS-Regime zu stellen.¹⁰⁹

Die Presse schilderte den regnerischen und ungemütlichen Wahlsonntag als ruhig und „störungsfrei“, lobte die Wahlberechtigten, die zum Teil in Schlangen vor den Wahllokalen warten mussten, und versuchte das Bild einer rechtsstaatlichen Wahl vorzugaukeln. So schrieben die *Kieler Neuesten Nachrichten*: „Mit peinlicher Genauigkeit bemühten sich die Wahlvorstände, alle Vorschriften strikt innezuhalten, so daß keinerlei Zwischenfälle eintreten konnten und der streng geheime Charakter der Wahl und der Abstimmung unbedingt gewahrt blieb.“¹¹⁰ Und der *Holsteinische Courier* in Neumünster meinte: „Allerdings – auf dem Weg zur Wahlzelle, während des Verweilens da-

rin und auf dem Weg von dort zur Urne, da mußte man schon jeden Wähler sich selbst überlassen. Das Geheimnis der Stimmabgabe, es mußte unbedingt gewahrt werden.“¹¹¹ Doch „frei“ im Sinne von politisch neutral ging es in den Wahllokalen nicht zu, wie eine Schilderung des *Oldesloer Landboten* zeigt: „Alle Wahllokale waren sehr sinnreich geschmückt. Aus dunklem Blattgrün heraus sah das Bild unseres Volkskanzlers gleichsam mahnend auf die wählenden Volksgenossen herab [...]“¹¹²

Wer gewählt hatte, bekam dies bestätigt, kaufte bzw. nahm ein Wahlabzeichen an und unterstützte so die soziale Kontrolle gegenüber den nicht Wählenden.¹¹³ Wer sich dieser Kontrolle entziehen wollte, musste mit Sanktionen rechnen. Aus Norderdithmarschen stammt folgende Pressemeldung über

die Festnahme eines Kommunisten und eines Sozialdemokraten: „J. brachte in frecher Weise zum Ausdruck, dass auf seiner Brust für das Wahlabzeichen kein Platz sei, während K. eine Bekannte mit den Worten ‚Du wählst mich Hitler‘ zu beeinflussen suchte.“¹¹⁴ Zudem durfte die NSDAP Einsicht in die Stimmlisten nehmen, konnte anschließend „säumige“ Wahlberechtigte aufsuchen und sie an ihre faktische Wahlpflicht erinnern.¹¹⁵ (Bei späteren Abstimmungen sollte dieser „Wahlschleppdienst“ perfektioniert werden.) Die Wahlbeteiligung war dementsprechend hoch und lag bei 94,5 % für die Reichstagswahl und 96,4 % für die Volksabstimmung.¹¹⁶ Die Presse überschlug sich vor Begeisterung: „Hitler ist Deutschland!“, titelten sowohl *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung* als auch der *Holsteinische Courier* aus Neumünster, „Sieg auf der ganzen Linie!“ der *Lübecker Generalanzeiger*, und die *Kieler Zeitung* schrieb: „Das Wunder des 12. November: Ganz Deutschland national-sozialistisch“.¹¹⁷ Am 14. November wurden die Reichstagsabgeordneten Schleswig-Holsteins bekannt gegeben und damit deren Wahl offiziell bestätigt.¹¹⁸ Die Regierung ließ „Flaggenschmuck in ganz Deutschland zur Feier des Abstimmungsergebnisses“ anordnen, die evangelische Landeskirche hielt „Dankgeläut aller schleswig-holsteinischen Kirchen“ ab, die Kinder hatten schulfrei.¹¹⁹

Nach der Wahl verfasste das Regierungspräsidium in Schleswig für das Gestapa in Berlin einen Bericht, der leider nicht für ganz Schleswig-Holstein die Lage wiedergibt, sondern sich nur exemplarisch auf Fehmarn konzentriert: Dort sah man einen Zusammenhang

zwischen alten kommunistischen Hochburgen und hoher Nein-Stimmenquote, so etwa in den Dörfern Wulfen (47 Ja, 34 Nein, 9 ungültige Stimmen) und Teschendorf (41 Ja, 31 Nein, 5 ungültige Stimmen). Zudem führte man das schlechte Ergebnis in den anderen Dörfern auf die Unzufriedenheit der Landbevölkerung mit dem Erbhofgesetz zurück: „Unter Berücksichtigung der obigen Aussagen halte ich es für dringend geboten, dass baldmöglichst eine eingehende Aufklärung über das Erbhofgesetz erfolgt.“¹²⁰

Für den ländlichen Raum hatten SPD und KPD – z. T. bedingt durch die hohe Anzahl von Saisonarbeitskräften – auf Fehmarn außerordentlich hohe Wahlergebnisse erzielt, und im November 1933 gehörte Burg auf Fehmarn zu den Gemeinden mit der geringsten Zustimmung in beiden Urnengängen (84,9 % bei den Reichstagswahlen, 82,7 % bei der Volksabstimmung).¹²¹

Die Stimmung nach den Abstimmungen wurde vom Exil-Vorstand der SPD klar als eine „Depressionswelle nach dem 12. November“ bezeichnet, und man meinte rückblickend: „Nach dem 12. November 1933 waren viele Gegner des Regimes niedergeschlagen. Auch wenn sie vorher mit einer fast 100%igen Mehrheit für Hitler gerechnet hatten, wirkte die Bestätigung dieser Erwartung noch sehr entmutigend.“¹²²

Für das Regime war die erste Abstimmung in der Diktatur ein innen- und außenpolitischer Erfolg gewesen, und trotz Skepsis über die Höhe des Ergebnisses bestand kein Zweifel daran, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter den außenpolitischen Entscheidungen der Regierung stand.

Die Abstimmungsergebnisse

Im Wahlkreis 13 – also Schleswig-Holstein einschließlich des oldenburgischen Landesteils Lübeck – entschieden sich 970.533 Wahlberechtigte für die NSDAP (89,6 %) und 979.212 Wahlberechtigte für den Austritt aus dem Völkerbund (91,4 %). Damit schnitt Schleswig-Holstein bei beiden Abstimmungen reichsweit sehr schlecht ab. Neben den mit der Region nicht vergleichbaren Stadtwahlkreisen Hamburg (83,6 %), Berlin (85,1 %) und Leipzig (87 %) hatten nur noch der Wahlkreis Potsdam II (88,9 %) und Köln-Aachen (89,3 %) bei den Reichstagswahlen schlechter gelegen als Schleswig-Holstein. Und bei der Volksabstimmung hatten lediglich die

Stadtwahlkreise Hamburg (87 %), Berlin (89,2 %) und Leipzig (90 %) noch schlechtere Ergebnisse als der nördlichste Wahlkreis des Reiches.¹²³ Schleswig-Holstein gehörte nach diesen Ergebnissen nicht mehr zur Spitzengruppe der Wahlkreise im nationalsozialistischen Deutschland.

Auf der Ebene der Land- und Stadtkreise Schleswig-Holsteins ergibt sich folgendes Bild, wobei zur besseren Vergleichbarkeit mit der Reichstagswahl die ungültigen Stimmen der Volksabstimmung zu den Nein-Stimmen hinzugezählt wurden, was das Ja-Stimmenergebnis von 91,4 % auf 89,2 % reduziert (vgl. Tabellen 9–10).¹²⁴

Tabelle 9

Reichstagswahlen am 12. November 1933				
Gemeinde	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Ja	Nein / ungültig
Harrislee / Krs. Flensburg	1.326	1.150 (86,7 %)	78,4 %	21,6 %
Langeloh / Krs. Pinneberg	1.705	1.663 (97,5 %)	79,3 %	20,7 %
Lohbrügge / Krs. Stormarn	5.794	5.386 (93,0 %)	79,3 %	20,7 %
Sasel / Krs. Stormarn	3.264	3.058 (93,7 %)	78,2 %	21,8 %
Stadtkreis Lübeck*	94.775	85.952 (90,7 %)	78,2 %	21,8 %

Tabelle 10

Volksabstimmung am 12. November 1933					
Gemeinde	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Ja	Nein	Ungültig
Borby / Krs. Eckernförde	1.583	1.484 (94,9 %)	79,1 %	17,4 %	3,5 %
Langeloh / Krs. Pinneberg	1.705	1.663 (97,5 %)	77,5 %	18,9 %	3,6 %
Uetersen / Krs. Pinneberg	5.053	4.878 (96,5 %)	77,2 %	17,9 %	4,9 %
Lägerdorf / Krs. Steinburg	2.011	1.944 (96,7 %)	77,5 %	17,8 %	4,8 %
Lohbrügge / Krs. Stormarn	5.794	5.612 (96,9 %)	76,0 %	20,3 %	3,7 %
Sasel / Krs. Stormarn	3.264	3.102 (95,0 %)	79,8 %	15,8 %	4,4 %
Bad Schwartau / Oldenburg**	5.174	4.938 (95,4 %)	78,2 %	19,0 %	2,8 %
Stockelsdorf / Oldenburg**	3.404	3.203 (94,1 %)	76,5 %	20,8 %	2,8 %
Stadtkreis Lübeck*	94.775	89.184 (94,1 %)	75,6 %	21,4 %	3,9 %

*Lübeck gehörte zum Wahlkreis 35 (Mecklenburg-Schwerin) und teilte sich auf in den Stadtkreis Lübeck und das Landgebiet Lübeck.

**Oldenburgischer Landesteil Lübeck (ab 1937: Landkreis Eutin)

Außer den Stadtkreisen und den Landkreisen Pinneberg und Stormarn – insb. im direkten Hamburger Umland – finden sich also nur der oldenburgische Landesteil Lübeck und Oldenburg in Holstein bei denjenigen Kreisen wieder, die überdurchschnittlich gegen das NS-Regime gestimmt hatten.¹²⁵ Von den erfassten 105 Gemeinden stimmten bei der Reichstagswahl insgesamt 48 unterdurchschnittlich ab und immerhin noch 14 Gemeinden mit mindestens 5 % weniger Ja-Stimmen als im schleswig-holsteinischen Mittel. Die meisten Gegenstimmen stammten dabei aus den in Tabelle 9–10 genannten Gemeinden.

In der Mehrzahl dieser Gemeinden hatte es noch im März 1933 eine rechnerische Mehrheit für die beiden Arbeiterparteien gegeben, und gerade die Gemeinden im Hamburger Umland hatten mit Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen und galten im Nationalsozialismus zum Teil noch als sozialdemokratisch bzw. kommunistisch geprägt, sodass die obigen Ergebnisse nicht überraschen.¹²⁶

In dreizehn Gemeinden holte die NSDAP 94,7 % und mehr Ja-Stimmen, wobei sich die Zustimmung in den Kreisen Husum und Norderdithmarschen häufte, was sich am Beispiel der größten Erfolge aufzeigen lässt: Auf Seiten der NSDAP-Anhängerschaft treten zur Reichstagswahl Ostenfelde im Kreis Husum mit 99,6 % Ja-Stimmen hervor, gefolgt von Hennstedt im Kreis Norderdithmarschen (98,9 %), Viöl (98,4 %) und Schwesing (98,2 %) im Kreis Husum sowie Tellingstedt (Krs. Norderdithmarschen, 98,1 %).

Ähnlich sieht es bei der Volksabstimmung aus, wo wiederum in Ostenfelde (99,9 %), Schwesing (99,2 %) und Viöl (99,5 %) sowie in Albersdorf (97,9 %) im Kreis Süderdithmarschen die besten Ergebnisse in Schleswig-Holstein erzielt wurden. Das Bild bei der Volksabstimmung ähnelt auf den ersten Blick dem der Reichstagswahl sehr. Doch soll im nächsten Abschnitt aufgezeigt werden, worin der entscheidende Unterschied lag.

Stimmrückgänge bei der Reichstagswahl

In der Regel wurden bei der Reichstagswahl im November 1933 weniger Stimmen gezählt als bei der Volksabstimmung. Diese Stimmrückgänge sind dort am größten, wo es viele Gegenstimmen bei der Volksabstimmung gegeben hatte. Die Frage nach den Ursachen hierfür beantwortet sich, wenn man sich eine Wahlrechtsänderung durch die Nationalsozialisten wieder in Erinnerung ruft: Die Wahlberechtigten erhielten zwei Stimmzettel und nur einen Wahlumschlag. Wer einen oder beide Stimmzettel nicht in den Wahlumschlag legte,

stimmte jeweils mit Enthaltung bei diesem Teil der Wahl. Noch bei der letzten Doppelwahl aber waren nicht abgegebene Stimmzettel als ungültige Stimmen gewertet worden. Da die Wahlberechtigten auf dem Stimmzettel zur Reichstagswahl nur die Möglichkeit hatten, das „Ja“ anzukreuzen, weil es keinen Kreis für „Nein“ gab, mussten Gegenstimmen durch Beschriftung, Nichtausfüllen des Kreises oder eben durch Weglassen des Stimmzettels im Wahlumschlag bekundet werden. Nur galt Letzteres jetzt nicht mehr als ungültige Stim-

Zahlen sind Fakten! Sind Zahlen Fakten? Der Fall Bad Oldesloe

Die *Statistik des Deutschen Reichs* weist in der Regel das amtliche Endergebnis der Wahlen und Abstimmungen aus, d. h. die durch das Wahlprüfungsgericht in Berlin amtlich genehmigten Zahlen. Für den November 1933 heißt es: „Die Zahlenangaben sind den von den Abstimmungsleitern (Kreiswahlleitern) aufgestellten Hauptzusammenstellungen entnommen; Eintragungen und Rechenfehler sind berichtigt worden.“¹²⁷ Der Rückgriff auf die *Statistik des Deutschen Reichs* hat den Vorteil, dass die Korrekturen am vorläufigen Endergebnis, wie es bspw. immer in den Zeitungen zu finden ist, eingearbeitet wurden. Theoretisch ist die Statistik damit die zuverlässigere – und leichter zugängliche – Quelle für die Abstimmungsergebnisse. Im Falle des Reichstagswahlergebnisses für Bad Oldesloe offenbart sich aber ein so eklatanter Widerspruch zwischen allen Quellen vor Ort und dem Ergebnis in der Statistik, dass hier darauf eingegangen werden muss.

Laut Stimmauszählung in den sechs Stimmbezirken Oldesloes gab es 5.238 Wahlberechtigte und 198 auswärtige Stimmscheininhaber, wovon 5.284 ihr Wahlrecht in Anspruch nahmen, 4.871 (92,2 %) mit „Ja“ und 413 (7,8 %) mit „Nein“ stimmten bzw. einen ungültigen Stimmzettel abgaben. Dieses vorläufige Endergebnis übermittelte die Stadt sowohl dem Kreiswahlleiter als auch der örtlichen Presse – dem *Oldesloer Landboten* –, und es fand Eingang in das *Kreisblatt für Stormarn* vom 25. November 1933. Im Gegensatz dazu spricht die *Statistik des Deutschen Reichs* – die im Übrigen für die Volksabstimmung dasselbe Ergebnis liefert wie die Quellen vor Ort – abweichend von 5.412 Wahlberechtigten bei gleichlautenden 5.284 abgegebenen Stimmen, nennt aber lediglich 3.432 Ja-Stimmen und 1.852 Gegenstimmen, was 35 % Ablehnung bedeutet.

Die Quellen vor Ort zitieren sich also gegenseitig, und es gibt bedauerlicherweise keine weiteren Aktenquellen, die auf das amtliche Endergebnis zu Bad Oldesloe eingehen.¹²⁸ Die Kernfrage lautet also, ob es sich in der *Statistik des Deutschen Reichs* einfach um einen Schreibfehler handelt oder das Wahlprüfungsgericht in Berlin bzw. der zuständige Kreiswahlleiter in Schleswig das Ergebnis in Bad Oldesloe nachträglich so deutlich verändert hat. Das hieße knapp 1.400 Gegenstimmen mehr als im vorläufigen Endergebnis, was sich in dieser Größenordnung schwer nachvollziehen lässt und in der Stadtgeschichte Spuren hinterlassen haben müsste. Ohne weitere Quellenfunde ist eine endgültige Entscheidung aber nicht zu fällen, auch wenn auf den ersten Blick vieles dafür spricht, dass das vorläufige Endergebnis plausibler wäre, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die beiden linken Parteien im März 1933 knapp 1.640 Stimmen erhalten hatten. Doch auch für die Gegenposition lassen sich Argumente finden. So ließ sich die Kreisleitung der NSDAP Stormarn im Oktober ein Haus in Bad Oldesloe einrichten und zentralisierte darin ihre Parteiorganisation, was mit Sicherheit – es herrschte im Kreis eine hohe Arbeitslosigkeit – nicht nur auf Verständnis gestoßen sein wird.¹²⁹

me, sondern als Enthaltung, was sich nicht mehr negativ auf das Reichstagswahlergebnis auswirken konnte.

Eine von mir durchgeführte Studie zu allen knapp 170 Wahllokalen in Kiel sowie Auswertungen zu Lübeck (105), Neumünster (30) und Itzehoe (12) kann Rückgänge von 28,5 % (Lübeck), 18,7 % (Kiel), 12,4 % (Neumünster) und 5,8 % in Itzehoe nachweisen, was den Schluss nahelegt, ein Teil der Wahlberechtigten habe ganz bewusst keinen Stimmzettel zur Reichstagswahl in den Wahlumschlag gelegt.

Für die 105 Gemeinden Schleswig-Holsteins mit 2.000 und mehr EinwohnerInnen lassen sich auf Basis des amtlichen Endergebnisses zumindest in 17 von ihnen größere Stimmrückgänge belegen.¹³⁰ Bei allen betroffenen Gemeinden ist gleichzeitig mit diesen Rückgängen ein prozentualer Anstieg der Ja-Stimmen bei der Reichstagswahl und ein tatsächliches Absinken der Nein-Stimmen festzustellen. Das deutlichste Beispiel für Schleswig-Holstein bildet die Gemeinde Kronshagen bei Kiel, die 96,2 % Ja-Stimmen bei der Reichstagswahl gehabt hatte, lediglich

56 Gegenstimmen verzeichnete, aber bei der Volksabstimmung nur 89,1 % Ja-Stimmen und 157 Gegen- sowie 18 ungültige Stimmen aufwies. Der Rückgang zwischen den beiden Abstimmungen betrug sogar 137 Stimmen (8,6 %). Da die nationalsozialistische Propaganda die Ja-Stimme bei beiden Abstimmungen für obligatorisch erklärt hatte, ist nicht anzunehmen, dass hier regime-treue Wahlberechtigte am Werk waren.

Die Vermutung liegt nahe, dass bei überdurchschnittlichen Stimmenrückgängen bei der Reichstagswahl Regimegegner bewusst ihren Stimmzettel nicht abgegeben haben, was sich aber nun nicht mehr in einem schlechteren Ergebnis für die NSDAP, sondern nur in einer verstärkten Stimmenthaltung niederschlagen konnte.¹³¹ Über die Höhe der so unterschlagenen Gegenstimmen lässt sich nur spekulieren; für Kiel haben entsprechende Modellrechnungen einen maximalen Anstieg der Gegenstimmen von 10,2 % auf 11,9 % ergeben und für Schleswig-Holstein einen maximalen Anstieg von 14.725 Stimmen auf 126.268, was prozentual eine Veränderung von 10,4 % auf 11,5 % ergibt.

Wählerschaft und soziale Zusammensetzung im November 1933

Genauso wie für die Märzwahl 1933 lassen sich auch für die beiden Urnengänge vom November jenes Jahres statistische Zusammenhänge berechnen. Recht banal erscheint die Beobachtung, wenn die Erfolge der NSDAP im November 1933 sehr positive Zusammenhänge zu ihrer eigenen Anhängerschaft sowie (schwächer) ehemaligen DNVP-WählerInnen aufweist und ehemalige SPD-AnhängerInnen bzw. (ebenfalls

schwächer) KPD-AnhängerInnen am wahrscheinlichsten ein Milieu darstellten, in dem Gegenstimmen eher möglich wurden.¹³²

Nach einer Aufteilung der Gemeinden nach Höhe der Zustimmung in drei Tertile (niedrig / mittel / hoch), ergibt sich eine Differenzierung der Zusammenhänge (vgl. Tabelle 11–12).¹³³

Je höher die Zustimmung für die beiden Urnengänge, desto höher war dort

Tabelle 11

Partei im März 1933	Volksabstimmung, November 1933, Ja-Stimmenergebnis		
	niedrig (76,0-88,0 %) Ø 78,3 %	mittel (88,4-92,2 %) Ø 90,1 %	hoch (92,4-98,8 %) Ø 94,7 %
KPD	Ø 15,5 % (+0,17)	Ø 9,2 % (-0,01)	Ø 5,5 % (-0,93)
SPD	Ø 28,5 % (-0,05)	Ø 23,0 % (+0,40)	Ø 13,5 % (-0,88)
DNVP	Ø 6,7 % (+0,52)	Ø 12,5 % (-0,07)	Ø 12,0 % (-0,57)
NSDAP	Ø 39,4 % (+0,47)	Ø 51,0 % (-0,23)	Ø 66,3 % (+0,91)

Tabelle 12

Partei im März 1933	Reichstagswahl, November 1933, Ja-Stimmenergebnis		
	niedrig (65,0-87,8 %) Ø 83,8 %	mittel (88,4-92,1 %) Ø 90,2 %	hoch (92,1-98,1 %) Ø 94,3 %
KPD	Ø 14,8 % (+0,27)	Ø 10,8 % (-0,21)	Ø 5,5 % (-0,85)
SPD	Ø 29,6 % (-0,08)	Ø 23,7 % (+0,01)	Ø 13,5 % (-0,85)
DNVP	Ø 8,2 % (-0,12)	Ø 11,5 % (+0,21)	Ø 12,0 % (-0,55)
NSDAP	Ø 42,7 % (-0,03)	Ø 49,7 % (+0,01)	Ø 66,5 % (+0,89)

Anmerkung: In Klammern steht der Korrelationskoeffizient, der erst ab 0,2 Aussagewert besitzt. Lesebeispiel: In den Gemeinden mit den niedrigsten Ja-Stimmenergebnissen bei der Volksabstimmung im November 1933 holte die DNVP im März 1933 durchschnittlich 6,7 %. Der hohe positive Korrelationskoeffizient deutet auf entsprechend positive Zusammenhänge zum Abstimmungsergebnis im November 1933 hin.

auch im März 1933 das Stimmenergebnis für NSDAP und DNVP gewesen, während es sich für die Arbeiterparteien umkehrte. Für das DNVP-Milieu zeigt sich aber, dass sich lediglich bei den Gemeinden mit den niedrigsten Ja-Stimmenergebnissen positive Zusammenhänge berechnen lassen. Dort, wo es hingegen die höchste Zustimmung gegeben hatte, korreliert das DNVP-Ergebnis von März 1933 deutlich negativ mit dem Novemberergebnis. Da sich dies auch für einen Teil der Nein-Stimmen ähnlich darstellt, könnte sich hier ein gewisser Unmut in diesem rechtskonservativen Milieu artikulieren. Dies wird durch die Ergebnisse der Studie zu Kiel gedeckt, in der aufgezeigt werden konnte, dass Teile dieses Milieus gegen die Reichstagswahl und für die Volksabstimmung eingestellt waren,

was sich wahrscheinlich auch im Wahlverhalten niedergeschlagen hat.

Ordnet man die Gemeinden nach ihrer Bevölkerungsanzahl, ergibt sich, dass – mit einer Ausnahme – die Zustimmung um bis zu 10 % zunahm, je kleiner die Gemeinden werden.

Damit bestätigt sich ein Bild, das auch für die Märzahlen 1933 zutrifft: Je städtischer eine Region, desto mehr Gegenstimmen waren zu verzeichnen, je ländlicher, desto größer die Zustimmung zum NS-Regime. Während es in den Stadtkreisen und (mittleren) Kleinstädten noch möglich war, mit „Nein“ zu stimmen, erwies sich das anscheinend auf dem Land praktisch als fast unmöglich. Dies weist auf die Bedeutung der dortigen sozialen Kontrolle hin, die schon im März 1933 ihre Wirkung gehabt haben dürfte. In kleinen Dorf-

Tabelle 13

Abstimmungen am 12. November 1933	Reichstagswahl	Volksabstimmung
5 Stadtkreise (über 20.000 Einw.)	86,5 %	85,5 %
9 Städte (10.001-20.000 Einw.)	81,4 %	87,1 %
19 Kleinstädte (5.001-10.000 Einw.)	87,6 %	87,9 %
55 Kleinstädte (2.000-5.000 Einw.)	90,5 %	90,7 %
Landbevölkerung (Gemeinden unter 2.000 Einw.)	94,1 %	94,4 %

Tabelle berechnet nach *Statistik des Deutschen Reichs* Bd. 449, Berlin 1935, S. 45ff.

Anmerkung: Die Anzahl der Gemeinden verringert sich u. a. aufgrund der Eingemeindungen.¹³⁴

gemeinschaften wusste man, wer welche Partei wählte, und damit war klar, wer in der Diktatur dem Verdacht ausgesetzt war, als NS-GegnerIn gegen die NSDAP gestimmt zu haben.¹³⁵

Interessanterweise wechselt je nach Gemeindegröße der Zusammenhang auf Seiten derjenigen, die am ehesten ein Klima für Gegenstimmen bereitet haben. Während in den größten Städten des Wahlkreises die Gegenstimmung am wahrscheinlichsten vom ehemaligen KPD-Milieu positiv beeinflusst wurde, wirkte sich in den kleineren Städten und auf den Dörfern eher das ehemalige SPD-Milieu positiv aus.¹³⁶ Dies erscheint plausibel, wenn man sich die relative Schwäche der KPD auf den Dörfern – und in Schleswig-Holstein generell – in Erinnerung ruft: Bis auf Ausnahmen wie im industriell geprägten Lagerdorf (3.000 EinwohnerInnen) oder Münsterdorf (860 Einw.) war die KPD in solchen Regionen in der Regel nicht stark präsent. Die SPD konnte hingegen – so die Vermutung – selbst noch in den Dörfern ein wenn auch kleines Sozialmilieu behaupten, das Gegenstimmen befördern konnte.¹³⁷ Zudem war die verbotene KPD in allen Regionen des Landes starker Verfolgung ausgesetzt gewesen, und die Funktionäre waren im November zumeist noch – oder schon wieder – in Haft bzw. untergetaucht.¹³⁸

Die sehr wenigen KPD-AnhängerInnen, die sich zudem noch innerhalb der Arbeiterbewegung aufgrund der gegen die Sozialdemokraten gerichteten Sozialfaschismus-These sehr isoliert hatten, waren wahrscheinlich bei Abstimmungen noch größerer sozialer Kontrolle ausgesetzt als die ehemaligen SPD-WählerInnen. Im städtischen Milieu hingegen besaßen auch die Kommunisten Rückzugsräume und dominierten einzelne Straßenzüge bzw. Teile von Stadtvierteln, sodass hier eine Gegenstimmung eher möglich gewesen sein kann.

Den größten Rückhalt hatte das NS-Regime nach wie vor dort, wo Gemeinden von der Land- und Forstwirtschaft dominiert wurden, was sich auch in der Differenzierung nach Berufsgruppen abbildet. Wiederum sind es die Selbstständigen – auf dem Land also mehrheitlich die Bauern, in den Städten die mittelständischen Gewerbetreibenden – und die frauendominierten mithelfenden Familienangehörigen, die hohe positive Zusammenhänge zum Ja-Stimmenergebnis aufweisen.

Interessanterweise gibt es zwar nach der Auswertung aller Gemeinden keine weitere Wirtschaftsabteilung bzw. Berufsgruppe mit deutlich positiven Zusammenhängen. Eine Aufteilung der erfassten Gemeinden je nach der Höhe des Beschäftigtengrades (niedrig/mittel/

Tabellen 14–18

VA / RT November 1933	Selbstständige, Juni 1933		
	niedrig (9,0-16,4 %)	mittel (16,7-20,6 %)	hoch (21,1-26,8 %)
	Ø 13,4 %	Ø 18,6 %	Ø 24,9 %
VA 33: Ja-Stimmen	Ø 85,0 % (+0,52)	Ø 89,2 % (-0,13)	Ø 94,1 % (+0,73)
RT 33: Ja-Stimmen	Ø 86,7 % (+0,41)	Ø 88,4 % (+0,34)	Ø 93,7 % (+0,65)
VA 33: Nein-Stimmen	Ø 12,1 % (-0,56)	Ø 8,4 % (+0,10)	Ø 4,1 % (-0,73)
VA 33: Ungültige Stimmen	Ø 2,8 % (-0,13)	Ø 2,4 % (+0,17)	Ø 1,8 % (-0,68)

VA / RT November 1933	Mithelfende Familienangehörige, Juni 1933		
	niedrig (2,5-5,8 %)	mittel (5,9-18,8 %)	hoch (20,1-42,7 %)
	Ø 4,3 %	Ø 8,7 %	Ø 29,5 %
VA 33: Ja-Stimmen	Ø 86,4 % (+0,31)	Ø 87,8 % (+0,25)	Ø 94,2 % (+0,87)
RT 33: Ja-Stimmen	Ø 87,8 % (+0,18)	Ø 87,1 % (+0,19)	Ø 94,0 % (+0,88)
VA 33: Nein-Stimmen	Ø 11,0 % (-0,35)	Ø 9,5 % (-0,28)	Ø 4,0 % (-0,85)
VA 33: Ungültige Stimmen	Ø 2,6 % (+0,03)	Ø 2,7 % (-0,02)	Ø 1,7 % (-0,86)

VA / RT November 1933	Arbeiter, Juni 1933		
	niedrig (26,6-39,4 %)	mittel (39,4-47,3 %)	hoch (48,0-74,9 %)
	Ø 33,9 %	Ø 44,4 %	Ø 55,6 %
VA 33: Ja-Stimmen	Ø 93,8 % (-0,59)	Ø 90,6 % (-0,67)	Ø 83,9 % (-0,32)
RT 33: Ja-Stimmen	Ø 93,2 % (-0,49)	Ø 89,4 % (-0,05)	Ø 86,0 % (-0,18)
VA 33: Nein-Stimmen	Ø 4,3 % (+0,50)	Ø 7,3 % (+0,63)	Ø 13,1 % (+0,39)
VA 33: Ungültige Stimmen	Ø 1,9 % (+0,60)	Ø 2,2 % (+0,28)	Ø 3,1 % (-0,08)

VA / RT November 1933	Land- und Forstwirtschaft, Juni 1933		
	niedrig (1,7-4,7 %)	mittel (4,7-49,7 %)	hoch (55,4-77,3 %)
	Ø 5,1 %	Ø 16,1 %	Ø 65,8 %
VA 33: Ja-Stimmen	Ø 86,3 % (+0,16)	Ø 87,8 % (+0,14)	Ø 94,4 % (+0,56)
RT 33: Ja-Stimmen	Ø 87,8 % (+0,15)	Ø 87,0 % (-0,01)	Ø 94,1 % (+0,62)
VA 33: Nein-Stimmen	Ø 11,2 % (-0,14)	Ø 9,4 % (-0,18)	Ø 3,9 % (-0,54)
VA 33: Ungültige Stimmen	Ø 2,5 % (-0,26)	Ø 2,8 % (+0,09)	Ø 1,7 % (-0,61)

VA/ RT November 1933	Industrie und Handwerk, Juni 1933		
	niedrig (11,5-21,8 %)	mittel (22,8-33,7 %)	hoch (33,7-66,2 %)
	Ø 15,6 %	Ø 28,1 %	Ø 44,0 %
VA 33: Ja-Stimmen	Ø 94,4 % (-0,45)	Ø 90,0 % (-0,31)	Ø 83,9 % (-0,33)
RT 33: Ja-Stimmen	Ø 94,1 % (-0,44)	Ø 88,4 % (-0,07)	Ø 86,2 % (-0,27)
VA 33: Nein-Stimmen	Ø 3,9 % (+0,42)	Ø 7,6 % (+0,35)	Ø 13,1 % (+0,39)
VA 33: Ungültige Stimmen	Ø 1,7 % (+0,54)	Ø 2,4 % (-0,13)	Ø 2,9 % (+0,07)

hoch) ergibt aber weitere Differenzierungen: So erwies sich in den Städten neben den Selbstständigen auch ein

hoher Anteil an Beamten, Hausangestellten und erwerbslosen Angestellten dem Ja-Stimmen-Klima als förderlich.

Auf der Gegenseite zeigt sich: Je höher der Beschäftigungsgrad in Industrie und Handwerk war, desto mehr Nein-Stimmen waren zu verzeichnen. Dabei überrascht es nicht, dass sich dies natürlich auch in Bezug auf die Arbeiter feststellen lässt. Je höher ihr Anteil war, desto deutlicher fiel die oppositionelle Haltung aus, die mit 16,2 % bei der Volksabstimmung das höchste Ergebnis aller Berufsgruppen – einschl. der Erwerbslosen – aufwies. Bei Letzteren lässt sich Ähnliches – bezogen auf die Gegenstimmung – auch für die Frauen und Hausangestellten konstatieren, während für die von Erwerbslosigkeit betroffenen Männer und Arbeiter sowie die Hausfrauen dies nur eingeschränkt gilt: Diese Berufsgruppen weisen lediglich bei einem niedrigen/mittleren Beschäftigungsgrad positive Korrelationen zu den Gegenstimmen auf.

Für die drei übrigen Wirtschaftsabteilungen – Handel und Verkehr, Öffentliche/private Dienste, Häusliche Dienste – sind die Zusammenhänge nicht so eindeutig: Dort, wo sie am meisten Beschäftigte hatten – also in den größeren Städten –, korrelieren die Ergebnisse positiv mit der Zustimmung zum NS-Regime, während dort, wo sie am wenigsten Beschäftigte aufwiesen, es hingegen eine stärker gegenläufige Tendenz gab. Für die zumeist hier arbeitenden Angestellten – für die Erwerbslosen unter ihnen gibt es keine eindeutigen Ergebnisse – zeigt sich ebenfalls: dort, wo sie den niedrigsten Beschäftigungs-

grad aufwiesen, gibt es die positivsten Korrelationen zu den Gegenstimmen im Nationalsozialismus.¹³⁹

Diese Ergebnisse zeigen die Schwierigkeit, genaue Angaben darüber zu machen, wer für die Ablehnung bzw. Zustimmung bei den Urnengängen im Nationalsozialismus verantwortlich war. Zusammenfassend bestätigt sich aber – trotz aller Differenzierungen – die These, dass es insbesondere aufgrund des Milieus der Arbeiterschaft bzw. der verbotenen Arbeiterparteien möglich war, gegen das NS-Regime zu stimmen. Während aber die Zustimmung ein Massenphänomen gewesen ist, hat es Gegenstimmen im November 1933 nur von einer kleinen Minderheit der Wahlberechtigten gegeben, und zwar mindestens 112.263 bei der Reichstagswahl und maximal 118.309 bei der Volksabstimmung. Wie viele der nicht zur Wahl gegangenen Wahlberechtigten dies aus Kritik am Regime taten, muss ebenso offen bleiben wie die Zahl der durch die Stimmrückgänge zu konstatierenden weiteren RegimegegnerInnen.¹⁴⁰

Selbst wenn man von einer hohen sozialen Kontrolle bis hin zu eher einzelner Wahlfälschung ausgeht, bleibt es erklärungsbedürftig, warum acht Monate nach der letzten pluralistischen Reichstagswahl eine überwältigende Mehrheit der Wahlberechtigten – darunter zahlenmäßig nicht wenige frühere GegnerInnen der NSDAP, insbesondere aus der Arbeiterbewegung – für das NS-Regime gestimmt haben.

Zusammenfassung

In Schleswig-Holstein, einer der Hochburgen der NSDAP im Deutschen Reich,

kam es im November 1933 – trotz eines Wahlkampfes, in dem sogar Göring und

Hitler auftraten – zu einem relativ schwachen Wahlsieg des NS-Regimes bei den beiden Urnengängen.

Dabei profitierte die NSDAP von ihrer Verankerung in der Landbevölkerung und ihrer Stammwählerschaft bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen, doch erscheint es sehr plausibel, das etwas schwächere Ergebnis auf den Unmut im Zuge des Reichserbhofgesetzes zurückzuführen. Einerseits hatte die NSDAP gerade unter den Bauern und deren Familien den größten Rückhalt gehabt, andererseits weisen die Ergebnisse der Untersuchung und zeitgenössische Quellen darauf hin, dass auch aus diesen Reihen nicht nur Zustimmung kam. Ein Blick in die Quellen der besonders betroffenen Landkreise in Schleswig-Holstein und ein Vergleich mit ähnlich agrarisch geprägten Regionen im Deutschen Reich könnten hier weitere Aufschlüsse über die Zusammenhänge erbringen.

Doch auch in den Städten kam es zu einem massenhaften Zuspruch zur Politik des NS-Regimes, was ohne Zustimmung aus der Arbeiterschaft nicht

denkbar ist. Wenn sich hingegen Ablehnung artikuliert, basierte diese wahrscheinlich einerseits auf rechten Regimegegnern (bspw. den Tannenbergbundlern oder enttäuschten ehemaligen DNVP-WählerInnen), der sich der Wahl enthaltenen dänischen Minderheit sowie unzufriedenen Bauern; andererseits – dies wird insbesondere durch Auswertungen zu den größeren Städten untermauert – konnte sich eine breitere Gegenstimmung fast ausschließlich im Milieu der verbotenen Arbeiterparteien zeigen (wobei das SPD-Milieu die höhere Ablehnung beförderte, je kleiner die Gemeinde war, während sich die Wirkung des KPD-Milieus auf die größeren Städte beschränkte). Für die zweitgrößte Stadt Schleswig-Holsteins, Kiel, kann hingegen gesagt werden, dass Gegenstimmen im Zusammenhang mit dem SPD-Milieu standen, was ich auf das informelle Netzwerk der sozialdemokratisch geprägten Arbeiterbewegung zurückführe. Doch selbst dort war es anscheinend für die Wahlberechtigten nicht mehr möglich, massenhaft gegen das NS-Regime zu stimmen.

Schlussbetrachtung und Ausblick

Aus meinen Forschungen zu Kiel – und eingeschränkt den ersten Auswertungen zu Lübeck, Neumünster und Itzehoe – sowie z. T. schon bestätigt durch die Befunde zu Schleswig-Holstein ergeben sich eine Reihe von Feststellungen, Thesen und Vermutungen sowie offene Fragen, die bei weiteren Analysen zu überprüfen wären.

Bisher wurde anhand von schriftlichen Quellen versucht, die rechtlichen Bedingungen der Abstimmungen zu er-

klären, den Wahlkampf zu rekonstruieren, die Rolle der NSDAP und der Presse dabei offenzulegen und zu versuchen, die Wahlergebnisse zu interpretieren. Gerade Letzteres erweist sich als schwierig, weil es zum einen zu erklären gilt, warum es von März 1933 zu November 1933 einen so großen Umschwung – gerade unter den ehemals links wählenden Menschen – gegeben hat.

Zum anderen, weil die ausgewerteten Quellen nur sehr wenig über die

wichtigste Situation im Wahlkampf aussagen: Konnten die Wahlberechtigten wirklich im Wahllokal ihre Stimme so abgeben, wie sie es wollten? Da dies aber für die Bewertung des Wahlergebnisses von entscheidender Bedeutung ist, könnte eigentlich nur die Befragung von ZeitzeugInnen hierüber Aufschluss geben. Aus den bisher ausgewerteten Quellen und meiner für Kiel abgeschlossenen Studie, die auch die Abstimmungen von 1934, 1936 und 1938 einschließt, habe ich aber den Eindruck gewonnen, dass die Wahlen im Nationalsozialismus einigen Spielraum für die Wahlberechtigten zuließen.

Überregionale Quellen – insbesondere die Berichte des Exil-Vorstands der SPD – zeigen auf, dass von eher seltener offenkundiger Wahlfälschung, dem Druck in den Wahllokalen durch die Wahlvorstände oder sogar anwesender SA bis hin zu der Möglichkeit, in der Wahlkabine wirklich entscheiden zu können, wie man abstimmt, eine Vielzahl von Situationen überliefert wurde.¹⁴¹ Die Quellen der Verfolgungsbehörden und die Überlieferungen aus dem Regierungspräsidium – insb. die Berichte der Landräte – zeigen für Schleswig-Holstein auf, dass einzelne Wahlberechtigte immer eine Möglichkeit fanden, gegen das Regime zu stimmen. Dies war sowohl auf dem Dorf – trotz der gerade hier großen sozialen Kontrolle – als auch für Mitglieder von ohnehin im Blick der Verfolgungsbehörden stehender Gruppen – wie etwa der dänischen Minderheit oder auch dem Tannenbergbund – möglich.¹⁴²

Die Wahlergebnisse aus Städten und auch kleineren Gemeinden zeigen zudem, dass es mindestens 1933 und 1934

auch in den ehemaligen Hochburgen der Arbeiterparteien möglich war, mit „Nein“ zu stimmen, und Ähnliches lässt sich auch durch die Analyse von Wahlergebnissen auf Wahllokal-Ebene in Schleswig-Holstein belegen: So kam es bei der Volksabstimmung in Lübeck im Stimmbezirk 78 (Moisling und Genin) zu 51,4 %, in Neumünster im Stimmbezirk 11 zu 34,9 % und in Itzehoe (Stimmbezirk 1) zu immerhin noch 28,9 % Gegenstimmen. Im ländlicheren Raum stimmten im kommunistisch geprägten Münsterdorf noch 19,6 % und in Herzhorn 16,3 % der Wähler gegen die Volksabstimmungsfrage.¹⁴³

Wenn es also sowohl für den städtischen wie auch den ländlichen Raum Belege dafür gibt, dass Wahlberechtigte sich gegen das Regime aussprachen, dann bleibt die Frage, warum dies nur so relativ wenig geschah. Meines Erachtens spielt hierbei ein folgenreicheres Missverständnis eine große Rolle: Die Wahlberechtigten lebten in einer Diktatur, von der sie annehmen konnten, dass diese ihre GegnerInnen zu verfolgen trachtete. Niemand konnte wirklich wissen, wie die NSDAP bzw. die Behörden mit den Wahlzetteln umgehen würden. Gerüchte über die Reidentifizierung von Wahlzetteln und den Bruch des Wahlheimnisses,¹⁴⁴ die Atmosphäre im Wahllokal sowie die soziale Kontrolle vor und nach der Wahlhandlung – vor allem durch Wahlabzeichen, den Wahlschleppdienst und Gespräche auf der Arbeit – haben mit Sicherheit eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Entscheidung der Wahlberechtigten gespielt.

Doch dies spiegelt sich in den bisher ausgewerteten Quellen schlichtweg

nicht wider. Die Gegenstimmen sind ein Beleg dafür, wie viele Wahlberechtigte den Mut hatten, sich in der Diktatur öffentlich gegen diese zu stellen, während die Ja-Stimmen nicht unbedingt als Gesamtheit aller NS-AnhängerInnen zu lesen sind, sondern sich vielmehr aus ganz verschiedenen Gruppen zusammensetzten: den NSDAP-WählerInnen, den OpportunistInnen, denjenigen, die sich vom Regime hatten überzeugen lassen, und denjenigen, die aus Angst vor negativen Konsequenzen mit „Ja“ stimmten.

Der sehr schnelle Rückgang der Gegenstimmen zum NS-Regime beruhte meines Erachtens auf einer Mischung von verstärkter sozialer Kontrolle, Angst vor Verfolgung/Denunziation, effektiver Wahlpropaganda, der beginnenden Zufriedenheit mit dem sich abzeichnenden aufrüstungsbedingten Wirtschaftsaufschwung und der hohen Integrationskraft der NS-Volksgemeinschaft. Dementsprechend setzten sich die Wahlberechtigten, die mit „Nein“ stimmten, nicht nur einem großen persönlichen Risiko aus; sie handelten auch politisch, öffentlich und gegen das NS-Regime gerichtet, was als defensiver Widerstand zu werten ist¹⁴⁵ und im Gegensatz zu sonstigen Vermutungen über die Anzahl derjenigen, die gegen das Regime eingestellt waren, sich zumindest 1933 und 1934 ziemlich genau quantifizieren lässt. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen und Volksabstimmungen sollten deshalb Eingang in die (lokale) Widerstandsgeschichte finden.

Für Schleswig-Holstein ist zu fragen, ob die These von Rudolf Heberle bzgl. des schnellen Wechsels der politischen Ausrichtung der Landbevölkerung von

Liberalismus über Konservatismus zum Nationalsozialismus nicht auch für die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur anwendbar ist. Heberle meinte, dass „die jeweils ‚neue‘ Partei in wesentlichen Punkten an die beständigen Elemente der politischen Gesinnung anknüpfte, im Übrigen aber den jeweiligen zeitbedingten Wünschen besser entsprach als die bisher vorherrschende Partei“¹⁴⁶ und sich hieraus ihr Erfolg erklären ließe.

Vielleicht ist der relative Erfolg der NSDAP und Hitlers bei den Abstimmungen im November 1933 einem ähnlichen Mechanismus geschuldet: Die Wahlberechtigten stimmten für eine Partei, die ihre Wünsche nach bestimmten Veränderungen und bestimmten Nicht-Veränderungen zu erfüllen versprach. Vielleicht entsprach die NSDAP damit für die große Mehrheit einem Bild von (Friedhofs-)Ruhe und (Gewalt-)Ordnung sowie der Hoffnung auf baldigen wirtschaftlichen Aufschwung. Die große Mehrheit der Wahlberechtigten wählte dann die NSDAP deshalb, weil sie – ähnlich wie beim Hitler-Mythos – auf Seiten der Sieger, der Erfolgreichen stehen wollten, weil dies auch etwas vom Glanz davon für sie versprach. Die Abstimmungsergebnisse wären dann – trotz der Art ihres Zustandekommens – ein Zeichen für die große Zustimmung der Bevölkerung zum Regime, und die Ergebnisse der weiteren drei Urnengänge 1934, 1936 und 1938 überraschen vor diesem Hintergrund nicht.

Meiner Meinung nach wäre bis 1940 jede Abstimmung im Nationalsozialismus auch unter „freieren“ Umständen zugunsten der NSDAP bzw. Hitler ausgefallen. Dies ist natürlich nicht über-

prüfbar, doch erhoffe ich mir von der zukünftigen Sichtung weiterer Quellen und der Erhebung weiterer Datensätze Aufschluss über einige dieser Fragestellungen. Zur Frage, ob Schleswig-

Holstein wirklich als so genannter „Mustergau“ und dauerhafte NS-Hochburg zu bewerten ist, könnten weitere Forschungen über die Abstimmungen dann einen Teil zur Antwort beitragen.

Anmerkungen

An dieser Stelle möchte ich insbesondere Thomas Pusch für seine kritischen Anmerkungen und den MitarbeiterInnen der benutzten Archive (Kiel, Bad Oldesloe, Kreisarchiv Stormarn, Landesarchiv Schleswig) sowie den MitarbeiterInnen der Landesbibliothek für ihre Unterstützung herzlich danken.

*Titelschlagzeile der *Kieler Neuesten Nachrichten (KNN)* vom 12.11.1933.

***Nordische Rundschau (NR)* 9.11.1933

1. Positive Ausnahme: Otmar Jung: Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberrhaupt“ (1934) und „Anschluß Österreichs“ (1938). Tübingen 1995. Passagenweise ebenfalls Peter Hubert: Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945. Düsseldorf 1992 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 97).
2. Ulrich Lange (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Neumünster 1996, S. 553ff. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt/Ortwin Pelc (Hrsg.): Schleswig-Holstein-Lexikon. Neumünster 2000, S. 524f.
3. Vgl. exempl. Frank Will: Rechts-zwo-drei. Nationalsozialismus im Kreis Pinneberg. Pinneberg 1993, S. 107, S. 130, S. 133ff. Martin Gietzelt/Ulrich Pfeil: Dithmarschen im „Dritten Reich“. In: Geschichte Dithmarschens. Hrsg. vom Verein für Dithmarscher Landeskunde, Red.: Martin Gietzelt. Heide 2000, S. 334f. Peter Wulf: Die Stadt in der nationalsozialistischen Zeit (1933–1945). In: ders./Jürgen Jensen, Geschichte der Stadt Kiel. Kiel 1991, S. 368.
4. Für Lübeck liegt eine Teilauswertung von ¼ der 105 Wahlbezirke (Elke Imberger: Widerstand von „unten“. Neumünster 1991, S. 208f.) und für Flensburg eine sehr kurze Analyse (Matthias Scharlt: Rote Fahnen über Flensburg. Flensburg 1999, S. 168f.) vor. Für den ländlichen Raum siehe: Gerhard Hoch: Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz. Bad Bramstedt o. J., S. 103ff.,

S. 135ff., S. 189, S. 209f. Und eine Kleinstadt beschreibt – sprachlich leider viel zu dicht an den Originalquellen – Peter Pauselius: Preetz unter dem Hakenkreuz. Groß Barkau 2001, S. 169, S. 173, S. 179, S. 183.

5. Frank Omland: Wahlkampf, Wahlzwang, Wahlfälschung. Nationalsozialistische Volksabstimmungen und Reichstagswahlen in Kiel 1933–1938. Unv. Manuskript, Hamburg 2001.

6. Vgl. dazu den Überblick bei Gerhard Schulz (Hrsg.): Ploetz. Weimarer Republik. Eine Nation im Umbruch. Freiburg/Würzburg 1987, S. 170 bzw. S. 148–157.

7. *Reichsgesetzblatt (RGBl)*, Teil 1, Jg. 1933, Berlin 1933, S. 45: 1. Februar 1933, Verordnung über die Auflösung des Reichstags. *RGBl*, Teil 1, Jg. 1933, Berlin 1933, S. 46:

2. Februar 1933, Verordnung des Reichspräsidenten über die Änderung des Reichswahlgesetzes. § 12, Abs. II, Satz 4 legte fest, dass Auslandsdeutsche nun mit Stimmschein wählen durften, wenn sie sich zum Wahltag ins Inland begaben. Satz 5 verfügte, dass Seeleute ohne festen Wohnsitz ebenfalls (in den Häfen, in Kiel auf der Schleuse) wählen durften. Vgl. dazu S. 46ff.: Verordnung zur Durchführung des Reichswahlgesetzes vom 3. Februar 1933.

8. Landesarchiv Schleswig (LAS) 309/23082, Preuß. Innenminister in einem Schnellbrief an den Kreiswahlleiter, Regierung Schleswig, 21.2.1933.

9. Diese Genehmigung erteilte das Reichsinnenministerium aus Berlin schon am 11.2.1933 dem Kieler Magistrat, was der Kreiswahlleiter in Schleswig ebenfalls bestätigte. Vgl. LAS 309/23082.

10. Vgl. Hubert, S. 51.
11. Für November 1932 lassen sich 1.160 Seeleute nachweisen, für November 1933 wurden hingegen bis zum Wahltag 2.792 Stimmberechtigte genannt – wobei noch weitere fünf Tage Wahlzeit verblieben. Selbst unter Berücksichtigung der um ca. 6 % erhöhten Wahlbeteiligung im November 1933 fällt dieser hohe Anstieg auf.
12. Das Reichskabinett beschloss am 6. März 1936 eine entsprechende Veränderung des Reichswahlrechts zu Ungunsten der nach den „Nürnberger Gesetzen“ als „Juden“ definierten Menschen. Vgl. dazu *RGBI*, Teil 1, Jg. 1936, Berlin 1936, S. 133, 7.3.1936, Gesetz über das Reichstagswahlrecht. (§ 1 regelte, dass nur Reichsbürger nach der Ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz wahlberechtigt und wählbar waren. § 2 stellte klar: „Wer, ohne wahlberechtigt zu sein, eine Stimme abgibt, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“ Vgl. dazu Hubert, S. 128.
13. Vgl. LAS 309/23082. Schreiben des Reichswahlleiters vom 10.3.1933, Schreiben des Kreiswahlleiters vom 13.3.1933.
14. Vgl. dazu: Mario Göhring: Von Zeitungsverboten, Gleichschaltung und dem ‚Kampf um die Leserschaft‘. Methoden der ‚Nazifizierung‘ der Presse zwischen 1930 und 1934 am Beispiel ausgewählter Zeitungen aus Kiel, Lübeck und Flensburg. Unveröff. Magisterarbeit, Kiel 1994, S. 22ff. u. S. 130ff.
15. Vgl. Ploetz, Weimarer Republik, S. 170.
16. Sämtliche Berechnungen beruhen auf den Ergebnissen in der *Statistik des Deutschen Reichs* (*StDR*), Band 434, Berlin 1933.
17. Tabelle berechnet nach Ergebnissen in *StDR* Bd. 434, Berlin 1933, S. 188ff. Die Studie von Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, ergab für das Deutsche Reich ebenfalls einen solchen Zusammenhang, wobei sich dieser ausschließlich auf die ländlich-protestantischen Gemeinden bezog, d. h. in ländlich-katholischen Gebieten so nicht darstellte. Vgl. Falter, S. 168, Tab. 6.10 und S. 184f.
18. Berechnungen nach *StDR*, Bd. 434, Berlin 1933, S. 188ff. Neben diesen zwölf Gemeinden kann man in zwei weiteren von einem „Patt“ der beiden Lager sprechen, nämlich für Harrislee/Krs. Flensburg und Glückstadt/Krs. Steinburg.
19. Gemeinden über 2.000 EinwohnerInnen laut *StDR*, Bd. 434, Berlin 1933, S. 188ff.; kleinere Einheiten wurden nicht ausgewertet, da hierfür eine Auswertung aller Daten aus den regionalen Zeitungen notwendig gewesen wäre.
20. Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart 1963, S. 101. Laut zeitgenössischen Unterlagen ergibt sich folgendes Bild: Ortsgruppe Hohenwestedt (Nov. 1925), Albersdorf (Mai/Juni 1926), Wesselburen (Frühjahr/Sommer 1926), Süderhastedt (Mai 1927?), Viöl und Schwesing (März 1929), Hennstedt (vor dem Oktober 1929). Für Breklum und Südermeldorf-Geest sind bislang keine Gründungsdaten nachgewiesen. Dithmarschen insgesamt: 24 Ortsgruppen im Mai 1929; Schleswig-Holstein im Januar 1929 insgesamt 140 Ortsgruppen (Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark“, Neumünster 1982, S. 425).
21. Vgl. dazu Falter, S. 161, Tabelle 6.8 (Stimmanteile bezogen auf die Wahlberechtigten). Sämtliche Hochburgen lagen in protestantisch-ländlichen Gebieten, sämtliche „Diaspora“-Gebiete in katholischen Regionen.
22. Wolfram Schulz/Torsten Schneider: „Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel“, in: Demokratische Geschichte [DG] Band II, Kiel 1987, S. 231-261. Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus.
23. Vgl. Heberle, S. 105 sowie Fußnote 2, S. 55.
24. Alle folgenden Angaben fußen auf eigenen Berechnungen nach *StDR*, Bd. 455, Heft 13, S. 2f., S. 36-49.
25. Selbst das Wahlforschungsprojekt von Jürgen Falter zur NSDAP in der Weimarer Republik ist trotz des sehr hohen statistischen Aufwandes lediglich eine – sehr gut untermauerte – Vermutung über die Wählerschaft der Partei.
26. Vgl. zu diesen Problemen Falter, S. 55-66. Während m. E. weder die „naive Disaggregation“ noch die „willkürliche Selektion“ für diese Untersuchung zum Tragen kommt, trifft das Problem der „unvollständigen Modellspezifikation“, d. h. die mangelnde Einbeziehung mehrerer Faktoren auf diese Untersuchung zum Teil zu (vgl. Falter, S. 59).
27. Die Volkszählung differenzierte nach Gemeinden mit mind. 5.000 EinwohnerInnen und

- dem kleinstädtisch/ländlichen Raum darunter (sog. Restbezirke), sodass insgesamt 50 Gebietseinheiten ausgewertet werden konnten.
28. *StDR*, Bd. 455/13, Berlin 1936, S. 2. Die selbstständigen Eigentümer, also die Bauern, stellen zwar die Mehrheit dieser Wirtschaftsabteilung, doch lässt sich diese nicht unter „Bauernschaft“ zusammenfassen.
29. Aufgrund des hier begrenzten Platzes wurde auf den Abdruck sämtlicher Detailergebnisse verzichtet. Sie sollen aber in der Online-Version dieses Aufsatzes auf der Website des AKENS berücksichtigt werden.
30. Da die Statistik diese Rubrik nicht aufweist, wurde folgende Berechnung durchgeführt: Wahlberechtigte minus Erwerbspersonen (also: Erwerbstätige und Erwerbslose) minus berufslose Selbstständige (i. d. R. Rentner, Pensionäre). Dies ergibt die wahlberechtigten Angehörigen ohne Hauptberuf, zumeist die den Haushalt führenden Frauen und die im Haushalt lebenden erwachsenen Kinder ohne Beruf. Vgl. Falter, S. 275f., Tab. 7.12 (Hausfrauen).
31. Die Korrelationskoeffizienten für alle Gemeinden bzw. den ländlichen Raum finden sich in Tabelle 19 am Ende des Anmerkungsteils.
32. Die Korrelationskoeffizienten für die NSDAP lauten (alle Gemeinden/ländl. Raum), mithelfende Familienangehörige: +0,8820/+0,8495, häusliche Dienste: +0,5620/-0,6019.
33. Laut Falter haben protestantische Frauen im ländlichen Raum (Gemeinden unter 2.000 Einw.) häufiger als die Männer die NSDAP gewählt. Falter, S. 144, Tab. 6.1.
34. Da Heberle auf statistisches Material zurückgreifen konnte, das sogar Gemeinden unter 2.000 EinwohnerInnen einschloss, konnte er dementsprechend differenzierte Aussagen gewinnen, die heute nur noch zum Teil und mit sehr großem Aufwand erhoben werden könnten. Zudem sind die Reichstagswahlergebnisse für diese Dörfer nur noch als vorläufige Endergebnisse aus den Tageszeitungen zugänglich. Das betreffende amtliche Endergebnis wurde hingegen nicht mehr in der *Statistik des Deutschen Reichs* abgedruckt.
35. Heberle, S. 109 und 111. Vgl. Falter, S. 210, Tab. 7.4, S. 214, Tab. 7.2 und S. 217, Tab. 7.3. (Arbeiter).
36. Heberle, S. 113.
37. Heberle, S. 100.
38. Vgl. Falter, insb. S. 253ff. (Selbstständige), S. 256ff. (landwirtschaftliche Bevölkerung) oder auch S. 184f. (Ergebnisse zu ländlich-protestantischen Gebieten).
39. Schulz/Schneider, in: DG II, S. 231-261. Omland, Wahlkampf.
40. Vgl. dazu *RGBl*, Teil 1, Jg. 1924, Berlin 1924, S. 159ff., Bekanntmachung der neuen Fassung des Reichswahlgesetzes und des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten. S. 173ff., Drittes Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes. Darin: Reichsstimmordnung. Zum Volksbegehren/Volksentscheid: Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 23ff.
41. Vgl. zum Folgenden Jung, S. 20ff.
42. *RGBl*, Teil 1, S. 479: „Gesetz über Volksabstimmung“ vom 14. Juli 1933.
43. *Schleswig-Holsteinische Tageszeitung (SHTZ)* 14.10.1933: „Die deutsche Antwort“, *Kieler Zeitung (KiZ)* 15.10.1933: „Deutsche Schicksalsstunden“ (hierin Abdruck des Redewortlautes). Vgl. dazu Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Frankfurt am Main 1996, S. 104ff., S. 110.
- Am 14.10.1933 erfolgte die Verkündung des Austritts, am 21.10.1933 die schriftliche Begründung, und erst zwei Jahre später war der Austritt vollzogen. Vgl. Hans Bohrmann/Gabriele Toepser-Ziegert (Hrsg.): NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Band 1, 1933. München 1984, S. 153. Im Folgenden: NSP.
44. *RGBl*, Teil 1, Jg. 1933, Berlin 1933, S. 729: Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags. Verordnung über die Neuwahl des Reichstags. *KiZ* 15.10.1933: „Die Auflösung des Reichstags“, Verlautbarung des Reichskanzlers, des Reichspräsidenten und des Reichsinnenministers.
45. *RGBl*, Teil 1, 1933, Berlin 1933, S. 730ff.: 14.10.1933 Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Verordnung zur Durchführung der Volksabstimmung über den Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk. Erste Verordnung zur Reichstagswahl und Volksabstimmung. *KiZ* 15.10.1933: „Die Frage an das Volk“.
46. Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1969 (10. Aufl. 1983), S. 127.

47. LAS 309/22574. Schreiben des Reichsinnenministeriums an den Regierungspräsidenten in Schleswig, 16.10.1933. LAS 309/22574. Regierungspräsident an Innenministerium in Oldenburg i. H., 18.10.1933. *SHTZ* 1.11.1933: „Der Kreiswahlvorschlag“.
48. LAS 309/22574. Preuß. Innenministerium an Regierungspräsidenten in Schleswig, 28.10.33.
49. Vgl. Hubert, S. 241 u. S. 248f.
50. *Oldesloer Landbote (OL)* 18.10.1933: „Der Amtswalter-Appell am Sonntagvormittag“. Zur Treuebekundung vgl. die Anzeige in der *KiZ* vom 16.10.1933 und die Berichterstattung am 17.10.1933: „Kiels Treue-Bekennnis zur Regierung“. *SHTZ* 19.10.1933: „Neumünster. Gewaltige Treuekundgebung“.
51. *SHTZ* 16.10.1933: „Pg. Ministerpräsident Klagges auf dem ‚Tag der Hitler-Jugend‘ in Wilster.“ Hervorhebung im Original. Klagges war ab 1919 kurze Zeit Mittelschullehrer in Wilster gewesen. Vgl. Kay Dohnke: „Das Kernland der nordischen Rasse grüßt seinen Führer.“ Zur Frühgeschichte der NSDAP in Schleswig-Holstein und im Kreis Steinburg. In: Steinburger Jahrbuch 1996, Itzehoe 1995, S. 11.
52. *OL* 18.10.1933: „Die Einweihung...“. Sprenger war in der Verwaltung der Reichspost u. a. in Oldesloe beschäftigt gewesen. Vgl. allg. Hermann Weiß: Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt am Main, S. 435f.
53. *SHTZ* 20.10.1933: „Sonntag: Gautagung“, ebd., 23.10.1933: „Der Führer-Appell in der Nordostseehalle“.
54. *NR* 23.10.1933: „Der Gau-Appell der NS-Frauenschaften in Kiel“, vgl. dazu den Kommentar in der *SHTZ* vom 23.10.1933: „Der Weg der Frau“. Auf der Tagung sprach auch der Kieler Kreisleiter Behrens, ebenso wie auf einer Gautagung der Beamtenschaft Mitte Oktober, auf der er die Treue der Beamten zu Hitler hervorhob. Vgl. *KiZ* 18.10.1933: „Machtvolle Kundgebung der Beamten“.
55. *SHTZ* 3.11.1933: „Aufruf!“
56. *SHTZ* 31.10.1933: „Hinweise auf Veranstaltungen“. *SHTZ* 3.11.1933: „Für Frieden und Freiheit“. *OL* 26.10.1933: „Die Kundgebung der NSDAP“, *SHTZ* 3.11.1933: „Der Gauleiter im Wahlkampf“.
57. *NR* 25.10.1933: „Das tägliche Geschehen. Bekanntmachung“. Lohse gab dies am 19.10. bekannt, es wurde aber z.T. erst sehr spät abgedruckt. Vgl. *OL* 7.11.1933, Anzeigenteil.
58. So der Abschnittsführer Kiel, Bertelsmann, laut *KiZ* 4.11.1933: „Stahlhelm-Appell im ‚Schloßhof“.
59. Das Reichspropagandaministerium erließ entsprechende Presseanweisungen: NSP 1933, S. 188 (Zsg 101/1/138 vom 28.10.1933) und NSP 1933, S. 169 (Zsg 101/1/132-132a vom 20.10.1933).
60. *SHTZ* 28.10.1933: „Oberpräsident Lohse vor der schleswig-holsteinischen Presse“. (Eine Pressetagung in Neumünster). Zu den „Nationalsozialistischen Presseanweisungen“ siehe für Schleswig-Holstein Mario Göhring, S. 3f.
61. *SHTZ* 27.10.1933: „Göring in Schleswig-Holstein“, *KiZ* 25.10.1933: „Am Freitagabend: Ministerpräsident Göring spricht in Kiel“.
62. *KiZ* 28.10.1933: „Ministerpräsident Göring in Kiel“.
63. *KiZ* 28.10.1933: „Ministerpräsident Göring [...]“. Der einzige zitierte antisemitische Satz lautete: „Wenn man sagt, die Inflation sei ein Naturgesetz, so sage ich: Nein, sie war ein Gaunertrick. Hier hat sich der Jude als Drahtzieher gezeigt.“ Vgl. auch die *NR* 28./29.10.1933: „Ein machtvolleres Bekenntnis Kiels!“, *KNN* 28.10.1933: „Ministerpräsident Göring. Kiels freudig begrüßter Gast“, *KNN* 29.10.1933: „Es geht um das Schicksal des Volkes“.
64. *KiZ* 28.10.1933: „Ministerpräsident Göring [...]“.
65. *SHTZ* 4.11.1933: „Dem Führer zum Gruß“. *SHTZ* 3.11.1933: „Adolf Hitler spricht“, gleichlautend: *KiZ* vom 2.11.1933, *KNN* vom 3.11.1933. *KiZ* 2.11.1933: „Am kommenden Montag ...“, *KiZ* 6.11.1933: „In Erwartung des Führers“, *KNN* 7.11.1933: „Dem Führer!“
66. Die Eintrittspreise lagen bei 1 RM/50 Rpf. sowie 3 RM für nummerierte Plätze (vgl. die Anzeigen der NSDAP). *KiZ* 4.11.1933: „Zur Hitler-Kundgebung: 10 Sonderzüge – 7 Parallelversammlungen“, *SHTZ* 3.11.1933: „Neun Sonderzüge fahren nach Kiel“, *KNN* 5.11.1933: „Kiel in Erwartung des Volkskanzlers“, *KiZ* 5.11.1933: „Die ganze Stadt: In Erwartung des Führers“, *SHTZ* 6.11.1933: „Adolf Hitler zum dritten Mal als Kanzler in Kiel“.
67. Vgl. dazu *NR* 4.11.1933: „Dem Führer zum Gruß – Flaggen heraus“ sowie die Anzeigen von

Geschäften und Praxen in derselben Ausgabe.

68. *KiZ* 6.11.1933: „In Erwartung des Führers“.

69. *NR* 7.11.1933: „Wir fahren dem Führer entgegen“. Vgl. dazu die Schilderung zur Situation in Preetz bei Pauselius, S. 166.

70. *NR* 7.11.1933: „Die Welt muß sich mit der Volkswerdung der deutschen Nation abfinden!“

71. Ebenda.

72. Der Text ist in allen Zeitungen gleich (*KNN* 8.11.1933, *KiZ* 7.11.1933, *NR* 7.11.1933). Der Grund war die Anwesenheit des Reichspressechefs Otto Dietrich. Dieser redigierte die mitstengografierte Version der Rede, „weil nicht wohlwollende Elemente mutwillig entstellte Wiedergaben der Reden“ verbreiten würden, so die *NR* vom 7.11.1933: „Gefechtsstand am Abend – die *Nordische Rundschau*“.

73. *SHTZ* 6.11.1933: „Gauleiter Lohse spricht zu Tausenden“, ebd. 8.11.1933: „Der Gauleiter spricht in Itzehoe“, ebd. 9.11.1933: „Riesenversammlung in Wandsbek“. *OL* 3.11.1933: „... ein herzliches Willkommen ...“. Vgl. die Anzeigen in *SHTZ* 28.10.1933 und 31.10.1933.

74. *OL* 7.11.1933, Anzeigenteil, Ankündigungen dort; vgl. auch *OL* 6.10.1933: „Das Reichserbhofgesetz“.

75. *OL* 10.11.1933: „Aufruf. An die Oldesloer Wahlberechtigten“ (Ganzseitig). *KNN* 9.11.1933: „Der Sonntagsbesuch“, *KNN* 10.11.1933: „Die beste Stadt“, *KNN* 11.11.1933: „Fünf Minuten“, *NR* 7.11.1933: „Das tägliche Geschehen. Sonntag ist was los!“, *KiZ* 12.11.1933: „Frau Bolle wird politisch“, *KiZ* 12.11.1933: „Mahn-ruf zum heutigen 12. November 1933“ (Gedicht von Georg Oheim, Kiel). *SHTZ*, Titelseite, 11.11.1933. Vgl. auch *Holsteinischer Courier (HC)* 11.11.1933, Balken unter Titelseite, „Jeder Deutsche sagt morgen: Ja!“

76. *NR* 9.11.1933: „Opfergang. Der 9. November 1923 war die Geburtsstunde des neuen Staates“, *NR* 10.11.1933: „Und wieder vor der Feldherrnhalle...“. Über die Kieler Veranstaltung siehe: *KNN* 11.11.1933: „Den Gefallenen vom 9. November 1923“, *NR* 11./12.11.1933: „Ein Arbeitsvolk – ein Führer!“. (Die *KiZ* und die *SHTZ* titelten wortwörtlich dasselbe.) Der Abdruck der Rede erfolgte in der amtlich freigegebenen Version. Vgl. *Zsg* 101/2/37 vom 10.11.1933, in: *NSP* 1933, S. 214.

77. *OL* 9.11.1933, obige Titelzeile, *NR* 9.11.

1933: „Das tägliche Geschehen“, *HC* 11.11.1933: „Ganz Neumünster hörte den Führer“.

78. Stadtarchiv Kiel (StaKi) 33126, Schreiben Oberpräsident Lohse, Kiel 8.11.1933; Antwort Hauptamt Kiel 9.11.1933.

79. *KiZ* 12.11.1933: „Volk entscheide!“ Die Vorankündigung der Rede sollte am 11. November „an hervorragender Stelle“, am besten auf den Titelseiten gemeldet werden, woran sich *KiZ* und *KNN* hielten, die *NR* dagegen nicht. Anordnung s. *Zsg* 101/2/38 Nr. 53 und *Zsg* 101/2/39 vom 10.11.1933, in: *NSP*, 1933, S. 215.

80. *Kieler Neueste Nachrichten (KNN)* 10.11.1933: „Kundgebung der Landeskirche zum 12. November“.

81. LAS 309/22574. Gestapa Berlin an Gestapo Altona, 31.10.1933.

82. LAS 309/22574. Gestapa Berlin an Regierungspräsidenten in Schleswig, 8.11.1933 und 9.11.1933 (Geheim! Verschlüsselt)

83. LAS 309/22574. Gestapa Berlin an Gestapo Altona, 31.10.1933. LAS 309/22574. Gestapa Berlin an Regierungspräsidenten in Schleswig, 10.11.1933 bzw. 8.11.1933. Den Stimmschein-inhabern wurde zudem unverhohlen gedroht. Vgl. *KNN* 12.11.1933: „Wenn man auf Stimm-schein wählt“. Vgl. dazu Hubert, S. 260.

84. LAS 309/22574, Landespolizei-Inspektion Nord, Kiel 7. Nov. 1933: „[...] hat die ihr unterstellten Polizeitruppen angewiesen, sich zur Sicherung der Reichstagswahl auf Anforderung der örtlichen Polizeiverwalter am 12.11.1933 bereitzuhalten.“ LAS 309/22574, Stapo Altona, 10.11.1933 (Störungen der Wahlhandlung, des Wahltages).

85. LAS 309/22574, Erlass der Reichsregierung vom 3.11.1933 zur „Sicherung der Wahl und Abstimmung am 12.11.33“.

86. Zitiert nach Hubert, S. 253.

87. LAS 358/7867: Dem 49-jährigen Angeklagten Karl Friedrich A. wurde zur Last gelegt, ein Flugblatt in den Briefkasten einer Wohnung in der Schumacherstraße in Altona gesteckt zu haben. Weiteres Material wurde in seiner Wohnung sichergestellt. Der Angeklagte wurde nach § 3 Heimtücke-Verordnung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

88. LAS 309/22574, Stapostelle Altona, 9.11.1933, an Gestapa Berlin.

89. Bericht der Staatspolizeistelle Altona betr.

- „Stand der kommunistischen Bewegung“, 2.12.1933. Abgedruckt in: Gerhard Paul: Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein. Hamburg 1996, S. 425, Dok. 53.
90. Imberger, S. 130ff.
91. LAS 309/22574, Meldung des Polizeipräsidenten in Flensburg an den Regierungspräsidenten in Schleswig, 13.11.1933.
92. Ebenda. Die dänische Minderheit in Flensburg war in der Folgezeit immer wieder wegen ihres Wahlverhaltens im Visier der Behörden (vgl. z. B. für 1936 LAS 309/22737, Schriftwechsel Regierung Schleswig mit den Landräten).
93. Bericht der Staatspolizeistelle Altona betr. „Stand der kommunistischen Bewegung“, 2.12.1933. Abgedruckt bei Paul, S. 425, Dok. 53.
94. Vgl. den Bericht der Staatspolizeistelle Altona „Situationsmitteilungen der KPD“, 14.5.1934. In: Paul, S. 427, Dok. 54.
95. LAS 309/22574. Reichsinnenministerium an alle Regierungspräsidenten, 30.10.1933. Vgl. dazu Hubert, S. 248f.
96. LAS 309/22574. Brief an das Regierungspräsidium vom 13.11.33. Zur örtlichen Herkunft der Häftlinge vgl. Reimer Möller: Widerstand und Verfolgung der organisierten Arbeiterschaft im Kreis Steinburg (1933–1945). In: Rainer Paetau/Holger Rüdel (Hrsg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert. Neumünster 1987, S. 398.
97. *Rendsburger Tageblatt* 14.11.1933: „Was ich noch sagen wollte...“, vgl. auch: *SHTZ* 13.11.1933: „Steinburg. Das Konzentrationslager wählt“.
98. Vgl. Zsg 101/2/41 Nr. 56 vom 14. oder 15.11.1933, in: NSP 1933, S. 217.
99. StaKi 33127, Abschrift für den Oberbürgermeister, Kiel 25.10.1933; Vorladungs- und Protokollschrift des Polizeireviere, Kriminal-Kommissariat Kiel, 30.10.1933. Ob die Denunziation weitere Konsequenzen hatte, geht aus der Quelle nicht hervor.
100. LAS 358/7928. „Das Verfahren ist durch Beschluss des Sondergerichtes vom 18. August 1934 gemäß §§ 2,3 Ziff. 2 und 33 des Gesetzes vom 7. August 1934 eingestellt worden.“
101. LAS 358/7870.
102. Johannes Spallek: Vergessene Opfer des NS-Regimes in Bad Oldesloe. Fallstudie zu Hans Wöltje. Bad Oldesloe 2000, S. 18 (Dokument). Wöltje wurde wegen illegaler Aktivitäten für die Zeugen Jehovas verfolgt und kam am 2. August 1942 im KZ Dachau ums Leben. (Ebd., S. 72).
103. Gietzelt/Pfeil, S. 334f.
104. *KiZ* 11.11.1933: „Kiel im Banne der Führer-Rede“.
105. *SHTZ* 13.11.1933: „Der Wahlsonntag durch die HJ eingeleitet“, ebd.: „Der Wahltag in Heide“.
106. *KiZ* 31.10.1933: „Erleichterung der Stimmabgabe am 12. November“, *KiZ* 3.11.1933: „Wahl und Abstimmung in Zucht und Ordnung“, *Nordfriesische Rundschau* 27.10.1933: „Die Abstimmung ist geheim“, *KNN* 9.11.1933: „Vorbereitungen für den Wahlsonntag“. *SHTZ* 13.11.1933: „Der Wahltag in Heide“.
107. *NR* 27.10.1933: „Die Abstimmungszeiten am 12. November“, ebenso: *Nordfriesische Rundschau* 27.10.1933: „Neue Wahlvorschriften für Preußen“. Dies lag ganz im Sinne von Reichsinnenminister Frick, der den NS-Staat durch das Verfahren nach außen legitimieren wollte. Vgl. dazu Hubert, S. 238 u. S. 241.
108. Stadtarchiv Bad Oldesloe (StABO), Akte 858, Blatt 16 und Blatt 45. Vermerke des Magistrats vom 16.10.1933 und 27.10.1933.
109. Vgl. *NR* 27.10.1933: „Die Abstimmungszeiten ...“, ebenso *Nordfriesische Rundschau* 27.10.1933: „Einheitliche Richtlinien für die Feststellung des Wahlergebnisses“, *SHTZ* 26.10.1933: „Wie wird gewählt?“, StABO, Akte 858, Blatt 45, Vermerk des Magistrats, 26.10.1933.
110. *KNN* 14.11.1933: „Begeisterte Wahlstimmung in Kiel“. *KiZ* 13.11.1933: „Kiels Bekenntnis zu Adolf Hitler und seiner Bewegung. Kiel sagt Ja!“ Vgl. auch StABO, Akte 858, Blatt 48, Vermerk des Magistrats, 27.10.1933.
111. *HC* 13.11.1933: „Neumünster bekennt sich zum Führer“.
112. *OL* 13.11.1933, Tagesbericht, Bad Oldesloe: „Volksabstimmung und Reichstagswahl“.
113. Die Wahlplakette ist u. a. abgebildet in: *NR* 9.11.1933. Unklar ist, ob die Plakette immer verkauft wurde. *SHTZ* 13.11.1933: „Der Wahltag in Heide“. *OL* 13.11.1933: „Tagesbericht Trittau“: „Der Ertrag für die Wahlabzeichen betrug rund 140 RM.“
114. *SHTZ* 13.11.1933: „Zwei widerwärtige

Zeitgenossen".

115. LAS 309/22574, Schreiben des preuß. Innenministers, 28.10.1933. Das Schreiben wurde eindeutig an die Landräte und Oberbürgermeister weitergeleitet, wie ein Fund im StABO, Akte 858, Blatt 86, Landrat Kreis Stormarn an die Bürgermeister im Kreis, 7.11.1933, belegt.

116. *StDR*, Bd. 449, Berlin 1935, S. 8f. und 45.

117. *SHTZ*, *LGA* und *KiZ* jeweils vom 13.11.1933, Titelseiten wie oben angegeben.

118. *NR* 14.11.1933: „Die schleswig-holsteinischen Reichstagsabgeordneten“.

119. *KNV* 14.11.1933.

120. LAS 309/22574. Gestapa Berlin, 16.11.1933 (Anforderung eines Berichts), Antwort Regierungspräsident am 18.11.1933. Abschrift, stellv. Landrat Oldenburg i.H. 18.11.1933 an die Stapo Altona. Die NSDAP wusste um das Problem und hatte noch vor der Wahl verschiedene Veranstaltungen durchführen lassen, um das Erbhofgesetz bei der Bauernschaft populär zu machen: *SHTZ* 26.10.1933: „Ortsgruppe Ostenfeld“, *SHTZ* 31.10.1933 „Kampfbund für die deutsche Kultur/Altona“.

121. Vgl. Heberle, S.67f. Eigene Berechnung nach Daten aus der *StDR*, Band 449, S. 45ff. Für den Kreis Oldenburg i. H. ist im ländlichen Raum insgesamt bei der RT sogar ein besseres Ergebnis nachzuweisen als im Kreis insgesamt, während es bei der VA ein minimal schlechteres Ergebnis zu verzeichnen gilt (ländlich: 11,2 % Gegenstimmen, Kreis: 10,6 %).

122. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 1. Jg. Nr. 4, Juli/August 1934, Prag am 30. August 1934, Nachdruck Frankfurt am Main 1980, S. 356 und 355.

123. *StDR*, Bd. 434, Berlin 1933, S. 8f., 188ff.

124. Das offizielle Ergebnis lautete 91,4 %. Die Berechnung unter Berücksichtigung der ungültigen Stimmen hingegen: 89,2 % Ja, 8,4 % Nein, 2,7 % ungültig.

125. Dies bezieht sich sowohl auf den schleswig-holsteinischen als auch den reichsweiten Durchschnitt.

126. Vgl. zum Kreis Stormarn die Ausführungen von Hans-Jürgen Perrey: Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47. Bad Oldesloe 1993, S. 337ff. Vgl. zum Kreis Steinburg: Möller, S. 387ff. Bzgl.

der Erwerbslosigkeit siehe *StDR*, Band 455, Heft 13, Berufszählung (1933), Berlin 1936, S. 42f.

127. *StDR*, Band 449, S. 1 des Vorwortes.

128. StABO, Akte 858. Akte 869, „Jahresbericht der Stadt Oldesloe für das Jahr 1933“, S. 10. *OL*, 13.11.1933. *Kreisblatt für Stormarn. Organ des Landrats, des Kreisausschusses und der Schulämter*, St. 59, Wandsbek den 25.11.1933, S. 294f. Kreisarchiv Stormarn, Akte 08/063 01/7, Reichstagswahlen 1930–1936 und die Akte 2020, Reichstagswahlen 1936–1938 geben alle Wahlergebnisse von 1924 bis 1938 wieder mit Ausnahme der Abstimmungen vom November 1933. Akten im Landesarchiv (309/22574 und 309/22573) geben ebenfalls keine Auskünfte hierzu, und laut einer Auskunft des Bundesarchivs sind keine Unterlagen des Wahlprüfungsgerichts zu Schleswig-Holstein erhalten.

129. Vgl. die Berichterstattung in *OL* 13.10.1933, Tagesbericht, Bad Oldesloe: „Der Umzug der Kreisleitung“, und *OL* 18.10.1933: „Die Einweihung des Adolf-Hitler-Hauses“.

130. Dabei ist zu beachten, dass hier für die größeren Städte ein schiefes Bild entsteht. Kiel hat bspw. bezogen auf sein amtliches Endergebnis keinen großen Stimmrückgang zu verzeichnen. Erst auf der Ebene der Wahllokale wird das Phänomen deutlicher sichtbar.

131. Für spätere Abstimmungen finden sich hierzu Belege: In einer Sondergerichtsanklage gegen einen 25-jährigen Maurer in Schönberg/Hzgt. Lauenburg wird beschrieben, dass der Mann bei der Reichstagswahl 1936 nur einen Zeitungsausschnitt in den Wahlumschlag gelegt hatte und seinen Stimmzettel bei sich behielt. Vgl. LAS 358/8158.

132. Die Korrelationskoeffizienten zu den Ja-Stimmen (RT/VA) lauten: NSDAP: +0,6761/+0,7475; DNVP: +0,1199/+0,2231; SPD: -0,6793/-0,7053; KPD: -0,4366/-0,6301.

Auswertungen auf Ebene der Wahllokale ergaben dabei zu Kiel, Lübeck, Neumünster und Itzehoe jeweils sehr unterschiedliche Zusammenhänge bzgl. des wahrscheinlich am stärksten für die Gegenstimmen verantwortlichen Milieus der Arbeiterbewegung (Bspw. Kiel: SPD, Neumünster: KPD).

133. Zwei weitere Tabellen mit Ergebnissen

(VA 33 Nein, VA 33 ungültig) sind aus Platzgründen weggelassen worden und sollen in die Online-Version des Aufsatzes auf der Website des AKENS aufgenommen werden.

134. Die Tabelle berücksichtigt fast alle Gemeinden des Regierungsbezirks, wobei aufgrund von Eingemeindungen die Einbeziehung einzelner Gemeinden – insbesondere aus dem oldenburgischen Landesteil Lüneburg – sich als so schwierig erwies, dass von insgesamt 105 nur 88 erfasst werden konnten.

135. Aus den wenigen Sondergerichtsfällen wie auch den wenigen Wahlakten im Landesarchiv geht hervor, dass die soziale Kontrolle auf dem Dorf bzgl. der möglichen Nein-Stimmenden sehr hoch war: Sowohl die dänische Minderheit als auch in Dörfern als den Nationalsozialismus ablehnend bekannte Menschen waren so der Kritik und dem Druck vor Ort stärker ausgesetzt als in der anonymen Stadt. (Vgl. etwa den fast schon pogromartigen Fall in Reinfeld sowie in Havetoft nach der Abstimmung über den Anschluss Österreichs im April 1938, LAS 309/22674).

136. So wechselt das Bild, das die Korrelationskoeffizienten von den fünf Stadtkreisen (SPD: -0,3684/-0,4426; KPD: -0,8182/-0,7777) zu den ländlichen Gebieten mit Gemeinden unter 2.000 Einwohnern (SPD: -0,8977/-0,9045; KPD: -0,8546/-0,8841) zeichnen. Interessanterweise ist das Ergebnis in Kiel aber umgekehrt. Hier beförderte das ehemalige SPD-Milieu die Möglichkeit, Gegenstimmen abzugeben. Vgl. Omland, Wahlkampf, S. 25ff.

137. Vgl. dazu die Wahlergebnisse der KPD und SPD bei der Märzwahl 1933 sowie die Ausführungen von Heberle, S. 88 und S. 98.

138. Diesen Hinweis verdanke ich Thomas Pusch, der im Zusammenhang mit seiner Dissertation zum Exil in Skandinavien umfangreiche Erkenntnisse zur Verfolgungsgeschichte der KPD Wasserkante bis 1936 gewonnen hat. Für Schleswig-Holstein fehlt leider bis heute eine umfassende Geschichte zu diesem Thema, obwohl es eine Reihe von lokalgeschichtlichen Studien bzw. verstreuten Hinweisen gibt.

139. Die anderen Tabellen finden sich aus Platzgründen lediglich auf der Website des AKENS.

140. 71.224 Wahlberechtigte machten bei der Reichstagswahl von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch, 56.499 bei der Volksabstimmung.

Meines Erachtens kann aber erst bei späteren Abstimmungen – wegen der durch Wahlschleppdienste erhöhten sozialen Kontrolle – bei den nicht Wählenden eher auf eine bewusste Entscheidung spekuliert werden.

Die Korrelationskoeffizienten finden sich in Tabelle 20 am Ende des Anmerkungssteils.

141. Vgl. meine Studie zu Kiel. Vgl. beispielhaft: Sopade, Juli/August 1934, 1. Jg., Nr. 4, Prag 30.8.1934, S. 282ff. (Bayern, Pfalz), S. 290ff. (Pfalz).

142. LAS 309/22738 Briefwechsel bzgl. einer offensichtlichen Wahlfälschung 1934 in Luhnstedt und Anschuldigung, der Briefschreiber sei Tannenbergbündler und deshalb unglaubwürdig. (Rechtsanwalt Weber, 17.10.1934 an die Regierung in Schleswig; Schreiben des Landrats, Rendsburg, 25.10.1934). Zur Person Webers siehe Felicitas Glade: Rechtsanwalt Weber und die Moral der Rendsburger Kreisleitung. In: *ISHZ* Heft 33/34 (Kiel 1998) S. 97ff. Bzgl. der dänischen Minderheit: Lars N. Henningsen: „...werden sie leicht Opfer der dänischen Propaganda“. Die Lage der dänischen Minderheit im Spiegel von Gestapo-Berichten. In: *Verführt. Verfolgt. Verschleppt.* Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte, 1. Flensburg 1996, S. 135ff.

143. Eigene Berechnungen nach *Lübecker General-Anzeiger* vom 13.11.1933, *HC* 13.11.1933, *SHZ* 13.11.1933 und ebd., *Itzehoeer Nachrichten*. Zu Lüneburg siehe auch die Tabelle bei Imberger, S. 208f.

144. Für die Reichstagswahl vom 29. März 1936 ist für Oststeinbek/Krs. Stormarn der bewusste Bruch des Wahlheimnisses und die Manipulation der Stimmzettel zugunsten der NSDAP belegt. Vgl. Kreisarchiv Stormarn, Akte 2020, Reichstagswahlen 1936–1938. Schreiben des RA Hintze vom 22.4.1936 und diverse Vermerke und Schreiben der Behörden, der Kreisleitung der NSDAP. (Der Wahlbetrug und der Bruch des Wahlheimnisses werden zugegeben, durch die behauptete Agitation der KPD gerechtfertigt und gleichzeitig der Fall an das Wahlprüfungsgericht in Berlin zur Bearbeitung weitergeleitet.)

Vgl. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Veröffentlicht in Nürnberg, Deutsch-

land, 1948. Nachdruck in 23 Bänden. München und Zürich, 1984. Darin: Bd. 4, S. 268, 20. Dezember 1945 (Ankläger Oberst Storey, USA). Bd. 2, S. 126, 21. November 1945. Bd. 20, S. 88f., 31. Juli 1946 (Oberstleutnant Griffith-Jones, GB).

145. Öffentlich war die Handlung nicht wegen einer erzwungenen öffentlichen Stimmabgabe, sondern weil das Ergebnis der Handlung in der Presse veröffentlicht wurde. Bzgl. des Begriffs „defensiver Widerstand“ vgl. Imberger, S. 26f.

146. Heberle, S. 103.

Tabelle 19

	NSDAP	DNVP	SPD	KPD
Hausfrauen	-0,6503/-0,0802	-0,2330/-0,0837	+0,5895/+0,6576	+0,5862/+0,5573
Hausangestellte	-0,5052/-0,6473	+0,2942/+0,5062	+0,4499/+0,5279	+0,1317/+0,4355
Erwerbsl. Frauen	-0,5146/-0,3532	-0,3767/+0,0969	+0,4799/+0,3882	+0,5565/+0,1633

Tabelle 20

Die Korrelationskoeffizienten lauten (ländlich/alle Gemeinden):

	RT, Ja-Stimmen		VA, Ja-Stimmen	
	Ländliche Gemeinden	Alle Gemeinden	Ländliche Gemeinden	Alle Gemeinden
Land- und Forstwirtschaft	+0,2326	+0,5348	+0,1852	+0,6488
Industrie und Handwerk	-0,2993	-0,2957	-0,2634	-0,7881
Handel und Verkehr	-0,5912	-0,4545	-0,4979	-0,4784
Öffentl. und private Dienste	-0,1257	-0,1275	-0,1624	-0,1369
Häusliche Dienste	-0,4252	-0,4138	-0,3882	-0,3757
Selbstständige	+0,5811	+0,6028	+0,6585	+0,7521
Mithelfende Familienangehör.	+0,8113	+0,6064	+0,8340	+0,7172
Beamte	-0,2884	-0,1121	-0,1611	-0,1088
Angestellte	-0,6046	-0,5308	-0,5542	-0,4572
Arbeiter	-0,6871	-0,5363	-0,7654	-0,7914
Hausangestellte	-0,5498	-0,3729	-0,5106	-0,3200
Erwerbslose Männer	-0,7025	-0,5015	-0,7052	-0,7599
Erwerbslose Frauen	-0,1811	-0,5423	-0,1956	-0,7227
Erwerbslose Angestellte	-0,1973	-0,1926	-0,2101	-0,3934
Erwerbslose Arbeiter	-0,7223	-0,4637	-0,6836	-0,6689
Erwerbslose Hausangestellte	-0,4237	-0,3676	-0,4677	-0,6141

Möglicherweise sind die zum Teil sehr schwach ausgeprägten Zusammenhänge im ländlichen Bereich bei Land- und Forstwirtschaft auf die Ablehnung des Erbhofgesetzes zurückzuführen.

Die vorgenommene Ausdifferenzierung der Gemeinden nach niedrigem/mittlerem/hohem Beschäftigungsgrad wurde hier aus Platzgründen nicht aufgenommen. Sie wird aber in der Online-Version des Aufsatzes auf der Website des AKENS (www.akens.org) berücksichtigt werden.

Abbildungsnachweise:

S. 6, 29: Kartographie: Frank Thamm, Bosau; Entwürfe: Frank Omland, Hamburg

S. 20, 21, 23, 26: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel

S. 25: Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Schleswig (LAS 309/22574)

S. 27: K. Hamer/K.-W. Schunk/R. Schwarz, Vergessen + verdrängt. Eckernförde 1983, S. 143.

S. 28: Stadtarchiv Pinneberg

Alle Tabellen: Frank Omland, Hamburg